

Gegenwart und Vergangenheit reflektiert. Wie die Gegenwart nur aus ihrem Gewordensein zu begreifen ist, so wird das Vergangene erst vom Resultat her verständlich. Kurzum: Das Historische dient einem systematischen Erkenntnisinteresse, das selbst geschichtlich vermittelt ist. Keine Arbeit des Begriffs ist jenseits der Geschichte: „Die objektive Gestalt des gegenwärtigen Bewußtseins steht in der Kontinuität des Denkens überhaupt [...]. Umgekehrt zeigt Vergangenes seinen Grund erst im Späteren [...]. Diese dialektische Verbindung von Vergangenen und Gegenwärtigem ist nicht *factum brutum*, sondern gründet selbst in Reflexion.“ (Mensching 1992, 15)

In Hinblick auf die Auswertung der Forschungsliteratur bin ich nicht mit dem Anspruch einer möglichst vollständigen Sichtung angetreten. Vergangene politische Konstellationen haben in nicht wenigen Beiträgen ihren giftigen Niederschlag hinterlassen. Da gerade bezüglich auf die mich interessierenden Personen sowohl von parteikommunistischer als auch antikommunistischer Seite häufig in selbstverräterischer Einigkeit mit Denunziationen (Sektierer, Dogmatiker, Utopisten etc.) reagiert wurde, gehe ich gern die Gefahr ein, auch die eine oder andere wertvolle Studie übergegangen zu haben, was selbstredend nicht intendiert war und, wenn es so sein sollte, bedauert wird. Ich werde bisweilen recht ausführlich die mir zentral erscheinenden Texte wiedergeben. Dies mag Kenner der Materie langweilen, ist aber der Erfahrung geschuldet, dass (gerade in der jüngeren Generation) kaum Vorkenntnisse vorhanden sind; von den Universitäten dürfte diesbezüglich am wenigsten zu erwarten sein. In den Bibliotheken Hannovers jedenfalls, an dessen Universität die Geschichte der Arbeiterbewegung einst fester Bestandteil der Forschungslandschaft war, ist die Literatur der Arbeiterbewegung in die Kellermagazine und Außenlager verbannt worden. Ausgeliehen wird sie nicht, soweit meine Beobachtung nicht täuscht. Was für meine Recherchen dienlich war, belegt schlagend, auf welch verlorenem Posten gekämpft wird. Daran zu erinnern, dass dies wenigstens in Ansätzen einmal anders war, dienen letztlich meine Ausführungen<sup>10</sup>: „Wenn wir untergehen sollten – was wahrscheinlich ist –, dann müssen wir uns derart verhalten, daß wir nicht untergehen, ohne existiert zu haben.“ (Weil 1975, 136)

<sup>10</sup> Einige Resultate habe ich in einem Aufsatz zusammengefasst (2012). Die Ausführungen zu Simone Weil sind in leicht veränderter Form als Broschüre (2011) erschienen.

## Lenins Politik- und Revolutionsmodell

Im Zentrum von Lenins politischem Denken steht einerseits die Frage nach der revolutionären Organisation, andererseits das Problem der Organisation der Revolution als zwei Seiten derselben Medaille: „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!“ (LW 5, 483) Lenin hatte sich 1902 in die frühen Debatten um die Organisationsfrage revolutionärer Politik unter den Bedingungen des autokratischen Zarismus mit seiner Epoche machenden Schrift *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* eingemischt. Lenins Antwort auf diejenige Frage, welche auf dem zweiten (Exil-)Parteitag (30.7-23.8.1903) zur historischen Spaltung der russischen Sozialdemokratie führte, war die Schaffung einer Avantgarde von Berufsrevolutionären. Lenin nahm in *Was tun?* die Konzeption der Partei vorweg, die auf dem 2. Parteitag die Mehrheit (Bolschewiki) fand und die er von nun an mit aller Vehemenz gegen jede Kritik verteidigte.<sup>11</sup> Sein Kommentar zum 2. Parteitag *Ein Schritt Vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904) stellt daher nicht zufällig eine polemische Zuspitzung seiner bereits formulierten Gedanken dar, die hier skizziert und vermessen werden sollen.

### Partei und Revolution

Lenins *Was tun?* basiert auf einer sein gesamtes Denken auszeichnenden *konkreten* Analyse der Situation, in der sich Russlands Revolutionäre befinden: „eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret“ (LW 7, 373), schreibt Lenin an anderer Stelle. Auf der einen Seite sei diese Situation durch ein zersplittertes Zirkelwesen charakterisiert, das keine ernst zunehmende politische Kraft darstelle, auf der anderen sei die zaristische antidemokratische Autokratie derjenige Ausgangspunkt revolutionärer Anstrengungen, den es bei allen Überlegungen zu berücksichtigen gelte und der eine spezifische Differenz zu den Verhältnissen in Westeuropa markiere. Lenin beschreibt die bittere Lage, in der sich die revolutionären Kräfte des

<sup>11</sup> An dieser Grundtendenz ändern auch Aussagen wie die folgende nichts: „Der Grundfehler jener, die heute gegen ‚Was tun‘ polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk völlig aus dem Zusammenhang mit einer bestimmten Situation, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei herausreißen.“ (LW 13, 93) Und weiter: „‚Was tun‘ korrigiert polemisch den Ökonomismus, und es ist falsch, den Inhalt dieser Broschüre außerhalb dieser Aufgabe zu betrachten.“ (100)

zaristischen Russlands befinden sehr anschaulich: „Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevollen Wege dahin. Wir sind von allen Seiten mit Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.“ (LW 5, 364) Unter solchen Bedingungen, so der zentrale folgenreiche Schluss, auf die Freiheit der Kritik zu pochen, sei illusorisch und letztlich opportunistisch. Lenin gibt als Bedingung einer im vollen Sinne demokratisch zu bezeichnenden Partei die Prinzipien der vollständigen „Publizität“, d.h. Öffentlichkeit, und die „Wählbarkeit der Funktionäre“ an. Der politische Analytiker und Revolutionär lehnt diese demokratischen Prinzipien nun nicht an sich, wohl aber als „hohle Phrase“ (495) im Hinblick auf die russische Situation ab. In der „Finsternis der Selbstherrschaft“, wo anstelle der freien Wahl die „Gendarmen“ die „Auslese“ (496) der revolutionären Führungskräfte übernehmen, sei die „breite Arbeiterorganisation mit breiten Wahlen, Berichten, allgemeinen Abstimmungen usw.“ (476) eine weltfremde und schädliche Utopie. Sie konterkariere die „erste und dringende praktische Aufgabe: *eine Organisation von Revolutionären* zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen“ (461).

Lenins Parteikonzept gewinnt seine Konturen mittels der Kritik am Spontaneismus, Trade-Unionismus und Ökonomismus sowie am verschwörerischen Terrorismus. Diese vermeintlich gegensätzlichen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung teilen nach Lenin die Gemeinsamkeit, die Spezifik revolutionärer proletarischer Politik unter den Bedingungen der rückständigen zaristischen Despotie zu verkennen. Gegenüber der Beschwörung der Spontaneität der Massen einerseits und der ökonomistischen Reduktion der revolutionären Bewegung andererseits, unterstreicht Lenin die Bedeutung des Klassenbewusstseins. Während der Spontaneismus verkenne, dass die, von Lenin begrüßte, naturwüchsige Revolte „viel eher Ausdruck der Verzweiflung und Rache als *Kampf*“ (385) sei, übergehe der Ökonomismus das Politische als notwendige Bedingung der Revolution: das revolutionäre Handeln, das sehr viel umfassender sei als gewerkschaftlicher Kampf. Im Kontext seiner Kritik dieser spiegelverkehrten Ignoranz gegenüber der Spezifik revolutionärer Politik entfaltet Lenin seine Theorie der revolutionären Avantgarde, deren zwei zentrale Elemente das Problem des Klassenbewusstseins und die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen revolutionärer kommunistischer Politik sind.

Lenins Theorie des Klassenbewusstseins, für die er damals noch die Autorität Kautsky bemüht, besagt bekanntlich, dass die „Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein *gar nicht haben*“ können und es ihnen daher „von außen gebracht werden“ (385) müsse. Seine Skepsis rührt keineswegs von der überhaupt nicht thematisierten Problematik des Fetischcharakters der

kapitalistischen Produktionsweise<sup>12</sup>, d. h. der spontanen Selbstverrätselung der sozialen Strukturen und Handlungen her, sondern beruht auf der Annahme, dass das Wissen über die tiefer liegenden politischen und ökonomischen Zusammenhänge schlicht und ergreifend in den Händen „der Intelligenz“ (386) liege. Das spontane Bewusstsein der Arbeiter verharre dagegen, ohne Einsicht in die bestimmenden Strukturen, im gewerkschaftlichen Streit um Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen, sowie im punktuellen Kampf gegen einzelne Kapitalisten. Ohne die Intervention der revolutionären Avantgarde bleibt die Arbeiterbewegung folglich ein Gefangener der „bürgerlichen Ideologie“ (396). Der Verzicht auf revolutionäre politische Intervention in die spontanen Kämpfe der Arbeiter sei „daher *völlig gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Sozialismus*“ (396), der nur das Ergebnis klassenbewusster revolutionärer Politik sein kann. Sowohl Ökonomismus als auch Spontaneismus und Terrorismus kennzeichnet Lenin als Wege des „geringsten Widerstandes“, die in das Hort der (ideologischen) Übermacht des Bestehenden führen, die sich aus ihrem Alter naturwüchsig geniere und über ganz andere, überlegene „Mittel“ (397) zur propagandistischen Verbreitung verfüge: „Die Ökonomen und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomen – der Spontaneität der ‚reinen Arbeiterbewegung‘, die Terroristen – der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden.“ (431f.)

Lenin geht davon aus, dass der Arbeiter sich zwar angesichts der realen Erfahrung von Ausbeutung und Unterdrückung „*spontan* zum Sozialismus hingezogen fühlt“, er aber ohne ausgebildetes Klassenbewusstsein der ubiquitären bürgerlichen Ideologie unterlegen bleibe.<sup>13</sup> Die proletarische Revolution ist

12 Dass Lenin die Thematik des Fetischismus ausblendete, verweist auf die in weiten Teilen vorkapitalistischen Ausgangsbedingungen der russischen Revolution. Diese waren immer noch stark von agrarischen Strukturen und direkten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen geprägt. Dieses Dilemma, das Lenin politisch zu überwinden trachtete, wird von Claussen als spezifisches Charakteristikum der russischen Revolution herausgearbeitet (1982, 134ff.). Claussen zeigt prägnant die noch zu beleuchtende List der Gewalt auf, die diesen Umständen entsprang. Sein Versuch Lenins Politik-, Partei- und Revolutionsmodell allerdings als geradezu alternativlose und vernünftige Strategie darzustellen, ist nicht überzeugend; er vernachlässigt *genuin* leninsche Gedanken, die konstitutiver Bestandteil der Tragödie des Roten Oktobers sind und das Ihrige zur Explosion terroristischer Gewalt immanent und folgerichtig beigesteuert haben.

13 Zu Lenin im Sinne von Weltanschauung verwendeten Ideologiebegriff vgl. Rehmann (2008, 56-58).

für Lenin zweifelsfrei *nicht* die Revolution der intellektuellen Avantgarde *für* die Arbeiter. Auch für den russischen Revolutionär gilt tendenziell, dass die Emanzipation der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann – allerdings von Arbeitern die *qua* revolutionärer Bildung in und durch die Partei ihr spontanes, beschränktes Bewusstsein bereits überwunden haben. Die Rolle der Revolutionäre besteht somit darin „eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu *leiten*“ (409) und die spontane Bewegung in eine bewusste, straff organisierte dauerhafte Kraft zu verwandeln. Die Partikularität des Arbeitskampfes werde erst überwunden durch die universelle politische Intervention, die dem gewerkschaftlichen Kampf nicht „*von innen heraus*“ entspringe: „Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen.“ (436) Nur so werde jenes „Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung“ (437) sichtbar, das dem entwickelten Klassenbewusstsein zugrunde liegt.

Dieses Gesamtbild der Totalität der Herrschaft ist das zentrale Argument für Lenins Parteikonzeption, die in ihrer welthistorischen Bedeutung durchaus mit der für die Geschichte des Abendlandes zentralen Innovation der „christlichen Klosterkultur“ (Hobsbawm 1999, 103) zu vergleichen ist, wie einer urteilt, der es nicht zuletzt aus eigener Erfahrung wissen muss. Um dem Polizeiapparat, dem Spitzelwesen und dem Staatsterrorismus Paroli bieten zu können, müssen die Kämpfenden zu politisch wie taktisch allseitig gebildeten Berufsrevolutionären sich transformieren, womit die „Frage der Wechselbeziehung der Organisation der Berufsrevolutionäre und der reinen Arbeiterbewegung“ (LW 5, 466) angeschnitten ist. Der Berufsrevolutionär, der sich nach Möglichkeit im zunehmenden Maße aus der Arbeiterschaft rekrutiert, sei ein neuer Typus der Einheit von Theorie und Praxis, der den „*Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen*“ (468) überwinde. Das Fundament auf dem der Berufsrevolutionär entstehe, sei die Partei neuen Typs: eine konspirative „Führerorganisation“ (480), die straff organisiert ist und nur solche Mitglieder hat, die sich „berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen“ (481). Nur eine solche Organisation könne der revolutionären Bewegung die notwendige „Kontinuität“ verleihen, die „politische Polizei“ (481) wirkungsvoll bekämpfen und somit gerade der Masse es ermöglichen, als Basis der Avantgarde am Kampf teilzunehmen. Lenin geht dabei nicht nur davon aus, dass Konspiration, autoritäre Disziplin und Führung für den Erfolg der revolutionären Bewegung angesichts der politischen Wirklichkeit notwendig sind, sondern auch dass diese Konzeption der Partei als Avantgarde eine Dialektik begründet, die nicht zu einer Scheidung von Führenden und Geführten, sondern zu ihrer sich gegenseitig durchdringenden Mobilisierung

und Verschmelzung führt: „Eine breite Organisation werden wir nie auf die Höhe bringen können, ohne die von einem zähen und kontinuierlichen Kampf gegen die Regierung keine Rede sein kann. Die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären bedeutet keineswegs, daß die Berufsrevolutionäre ‚für alle denken werden‘, daß die Menge keinen tätigen Anteil an der *Bewegung* nehmen wird. Im Gegenteil, die Menge wird diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen, denn die Menge wird dann wissen, daß es nicht genügt [...] ein ‚Komitee‘“ (482) zu bilden, um die Revolution zu machen. Die „Zentralisierung der konspirativen Funktionen der *Organisation* bedeutet keineswegs die Zentralisierung aller Funktionen der *Bewegung*“ (482), wie hiermit auch keine „*Einengung* des politischen Kampfes zu einer Verschwörung“ (492) intendiert sei.

Man sieht, dass Lenin mit seiner Agitationsschrift *Was tun?* mehrerlei Intentionen verfolgt: Die Darstellung der Möglichkeiten revolutionärer Politik unter den Bedingungen der zaristischen Autokratie, die hieraus sich ergebende Konzeption einer konspirativen und hierarchischen Partei der Berufsrevolutionäre sowie die Bestimmung des explizit politischen Kerns eines revolutionären Kommunismus gegenüber Syndikalisten, Reformisten und Terroristen. Im Zentrum steht die Problematik der Möglichkeit und Notwendigkeit der Entstehung revolutionären Bewusstseins als der *conditio sine qua non* der Revolution. Lenin hat zweifelsohne den politischen Realitätssinn auf seiner Seite. Die durchaus bestechende Analyse der konkreten Situation spricht genauso für ihn, wie das Insistieren auf der Bedeutung des Politischen und des Bewusstseins der Bewegung. Zudem wird deutlich, dass Lenin die Arbeiter nicht als Objekte der Politik intellektueller Revolutionäre begreift. Ziehen wir allerdings Lenins *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* hinzu, eine Schrift, die luzide Kritik am bolschewistischen Parteien- und Revolutionsmodell herausforderte, wird jener elitäre wie autoritäre Einschlag überdeutlich, der in *Was tun?* bereits unverkennbar angelegt war, und in der Praxis dann diejenige Dominanz, Zentralität und Dynamik annahm, die in das Scheitern des Roten Oktobers sowie die terroristischen Exzesse der Sowjetunion involviert waren.

Lenins *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* lässt vor dem Hintergrund des Sieges gegenüber den Menschewiki gleichsam die Katze aus dem Sack: „Jetzt sind wir eine organisierte Partei geworden, das bedeutet, eine Macht zu schaffen, die Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht zu verwandeln und die unteren Parteikörperschaften den höheren unterzuordnen.“ (LW 7, 370) In historischer Kostümierung führt Lenin den Kampf gegen den Opportunismus fort, wenn er das unbestechliche Pochen auf den „absoluten Wert der demokratischen Forderungen“ (387) als Girondismus geißelt. Dieser klammere sich angesichts der unbeschränkten Macht der jakobinisch-bolsche-

wistischen Diktatur des Proletariats feige an Prinzipien, deren konsequente Befolgung die revolutionäre Vernichtung des Klassenfeindes zu einem bloßen Wunschtraum degradieren würde. Gegenüber den liberalen Zauderern und dem intellektuellen „Edelarchismus“ (395) betont Lenin, dass das Proletariat „keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“ (419) besitze und dass daher die „Form“ der Organisation nicht „weniger wichtig sei als der Inhalt“ (393): „Das trifft zu, denn die organisatorischen Formen waren und sind, weil es sich um die Organisation sozialer Beziehungen handelt, regelmäßig von entscheidender Bedeutung“ (Schäfer 1994, 64) – was sich im Verlauf der Russischen Revolution *ex negativo* bestätigen sollte.

Die Spezifik der Organisationsform des revolutionären Proletariats macht Lenin unmissverständlich deutlich: Die bolschewistische Partei ist eine an der Fabrikdisziplin geschulte und von oben nach unten hierarchisch zentralisierte „Armee der Arbeiterklasse“ (LW 7, 420). Lenin gibt die Marschrichtung der militarisierten Partei vor: „in dem Maße, wie sich bei uns eine wirkliche Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden“ (399). De facto impliziert dies die Vernichtung basisdemokratischer Bestrebungen zugunsten eines „Zentralismus“, der nicht wie jener girondistische oder anarchistische Opportunismus „von unten nach oben“ organisiert, sondern konsequent „von oben“ her zu strukturieren ist, so dass die „Vollmachten der Zentralstelle gegenüber dem Teil“ (401) hierarchisch verbürgt sind – „strengste Zentralisation und Disziplin“ (LW 31, 29), wie er Jahre später den von ‚Kinderkrankheiten‘ heimgesuchten Kommunisten entgegenschleudert. Lenin wischt mit einem theoretischen Gewaltstreich alle Bedenken gegenüber einer Organisation aus dem Weg, deren Vorbilder und Strukturen unverblümt anti-emanzipatorischer Provenienz sind:

„es überwiegen unschuldige pathetische Deklamationen über Selbstherrschaft und Bürokratismus, über blinden Gehorsam, über Schräubchen und Rädchen [...]. Aber – je weiter in den Wald, um so dichter die Bäume: die Versuche, den verhaßten ‚Bürokratismus‘ zu analysieren und genau zu definieren, führen unvermeidlich zum Autonomismus, die Versuche zu ‚vertiefen‘ und zu begründen, führen unweigerlich [...] zur girondistischen Phrase. Schließlich erscheint auf der Bildfläche als das einzige [...] hervortretende Prinzip [...] das Prinzip des *Anarchismus*. Verspottung der Disziplin – Autonomismus – Anarchismus, das ist die Stufenleiter, an der unser organisatorischer Opportunismus bald hinauf, bald hinunter klettert [...]. Genau dieselbe Abstufung kann man auch am Opportunismus [...] beobachten: Verspottung der ‚Orthodoxie‘, der Rechtgläubigkeit, der

Beschränktheit und Unbeweglichkeit – revisionistische ‚Kritik‘ und Ministerialismus – bürgerliche Demokratie.“ (LW 7, 409f.)

Dass auf Lenins theoretische Liquidierung der verspotteten Kritik an einem Emanzipationsmodell, das sich mit aller Radikalität und Gewalt autoritärer Mittel und Strukturen bedient, im post-revolutionären Russland deren praktische Umsetzung folgte, ist nicht allein den Zwängen und keineswegs frei gewählten Umständen der Revolution zuzuschreiben oder allein auf das Konto der weißen Konterrevolution zu verbuchen. Konsultiert man neben Lenins Parteikonzept zudem noch seine Staats- und Demokratietheorie sowie seinen Gewalt- und Geschichtsbegriff, so wird vielmehr deutlich, dass die spätere Gewaltpolitik konsequenter Ausdruck des bolschewistischen Revolutionsmodells ist – auch wenn Lenin selbstredend weder Urheber der in Revolution und Bürgerkrieg explodierenden Gewalt war, noch dass diese, so wenig wie der spätere stalinistische Staatsterror, idealistisch aus dem Denken des Revolutionärs abgeleitet werden kann.

## Staat und Diktatur

Aufschlussreich ist Lenins berühmte, im Revolutionsjahr verfasste Schrift *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*. Slavoj Žižek hat in seinem postmodernen Versuch zur Reanimation des politischen Erbes Lenins das besondere Moment der Schrift, das noch heute den Leser erfasst, als extreme „existentielle Anteilnahme“ und „*Drängen des Augenblicks*“ (Žižek 2002, 9)<sup>14</sup> beschrieben, die durch eine reale Naherwartung der Revolution im Angesicht des Schreckens des 1. Weltkrieges generiert wurde: „Man kann das explosive Potential von *Staat und Revolution* gar nicht hoch genug einschätzen“ (10), da hier sowohl der unmittelbar bevorstehende Versuch eines radikalen Bruchs mit der alten Herrschaft als auch die harte Arbeit am Aufbau der neuen Ordnung antizipiert werde. Die konkrete revolutionäre Praxis und ihr ungeheuerlicher Aufbruch in das Neue werden gleichsam fassbar. Diese Charakterisierung einer politischen Kampfschrift, deren Bedeutung wohl nur mit der des *Kommunistischen Manifest* vergleichbar ist, scheint mir nicht weniger treffend als ihr Ruf be-

14 Žižeks Ausführungen sind produktiv und provokativ. Leider sind sie nicht frei, von gerade derjenigen postmodernen politischen Willkür, die Žižek und prominente Mitstreiter (vgl. Budgen u.a. 2007) im Rückgang auf Lenin überwinden wollen (vgl. Plaggenborg 2003). Žižeks jüngste Ehrenrettung der Diktatur des Proletariats (vgl. 2009, 239ff.) erscheint mir abermals als ein belangloser philosophischer Flirt mit einem zumindest bei Lenin sehr konkreten Begriff, der letztlich verwässert wird.

rechtigt, (scheinbar) ein Korrektiv zur dargestellten Parteitheorie abzugeben: Die Kritik am Staat klingt radikal: „Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.“ (LW 25, 482) Der Gedanke der Selbstorganisation der proletarischen Sowjets und eine Verteidigung der Anarchisten gegenüber den staatstümelnden Reformisten sind virulent. Freilich ist Lenin unmittelbar vor der Oktoberrevolution nicht in's libertäre Lager desertiert. Bei genauer Lektüre der Schrift werden vielmehr Kontinuitäten in seinem Denken genauso sichtbar wie sich fundamentale Probleme und Schwächen seiner politischen Theorie zu erkennen geben. An Lenins Begriffen von Staat und Herrschaft, Demokratie und Diktatur sowie Revolution und Gewalt gilt es dies näher zu explizieren.

Lenin begreift den Staat als *Instrument der Repression*, als Maschine der Herrschenden zur Unterdrückung der Beherrschten, dessen Grund in der Klassenspaltung der Gesellschaft zu suchen sei: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze.“ (398) Seine Aufgabe sei es mittels Gewalt die herrschende Ordnung der „Ausbeutung“ (415) aufrecht zu erhalten: „ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere“ (399). Seine „Macht“ beruhe auf „über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdete Formationen bewaffneter Menschen“ (Polizei, stehendes Heer), die zudem auf „Gefängnisse und anderes“ (401) zurückgreifen können, um ihrer Aufgabe der Unterdrückung nachzugehen: „Schmarotzer, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden sind“ (420). Gegenüber diesen zentralen Wesensmerkmalen des Staates sei die Regierungsform akzidentuell: „jeder Staat“ ist „unfrei“ und „auch in der allerdemokratischsten Republik“ herrscht nichts als „Lohnsklaverei“ (410), Demokratie „nur für die Reichen“ (474). Freiheit sei in der bisherigen Geschichte der Klassengesellschaften daher immer nur die gleiche falsche „Freiheit für die Sklavenhalter“ (474) gewesen. Demokratie ist für Lenin erst einmal „nur *formale* Gleichheit“ und eine „Staatsform“, die, wie jede andere, vorrangig eine „organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen darstellt“ (486).

Lenins Staatstheorie ist ersichtlich eine nahezu idealtypische Variante dessen, was Michel Foucault (vgl. 2010, 20ff.) als juridisches Machtverständnis kennzeichnete und die für weite Teile der Tradition politischer Theorie und Philosophie maßgeblich ist: Herrschaft vom staatlichen Souverän her zu begreifen und Politik auf gewaltsam-repressives Handeln zu reduzieren. Lenins Ausführungen sind vor dem Hintergrund des autokratischen Zarismus und einer in weiten Teilen vormodernen und -kapitalistischen Gesellschaft wie der Russlands durchaus verständlich und haben ihre nicht zu verleugnenden realistischen Aspekte. Dennoch wird deutlich, dass Lenins Bestimmungen in mehrerlei Hinsicht wenigstens unterkomplex, wenn nicht gar *in toto* ver-

kehrt sind, was theoretische wie praktische Folgen mit sich bringt. Lenins herrschaftssoziologische Bestimmung des Staates unterschlägt die zentrale formanalytische Differenz zwischen dem modernen kapitalistischen Staat und den vorkapitalistischen Herrschaftsverbänden. Zum einen ist es sachlich wie historisch wenn nicht falsch, so doch in die Irre führend, letztere mit dem Begriff des Staates zu versehen. Gravierender als diese unhistorische Äquivokation ist aber – Lenin tritt schließlich als marxistischer Theoretiker auf, der allerlei Missverständnisse beseitigen will – dass die Formspezifik des kapitalistischen Staates wie sein Verhältnis zu Recht und Demokratie unberücksichtigt bleibt. Dass der kapitalistische Staat kein unmittelbares Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse ist und nicht in der Funktion der Repression aufgeht, sondern er eine *außerökonomische* Gewalt darstellt, die der fundamentalen formationspezifischen Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat entspringt, deren Charakteristikum die *Trennung* von politischer und ökonomischer Herrschaft darstellt, davon erfahren wir bei Lenin nahezu nichts. Gleiches gilt für die Sachverhalte, dass moderne Herrschaft abstrakte Formen annimmt und rechtlich vermittelt ist, dass Demokratie mehr ist als eine Herrschaftsform unter anderen und dass ihre Freiheit und Gleichheit weder Trug sind, noch in Widerspruch zu den basalen kapitalistischen Verkehrsformen stehen: „Da Lenin es nirgendwo unternimmt, die *spezifische Form* staatlich regulierter Klassenherrschaft in der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären, muss ihm auch der immanente Zusammenhang des Klasseninhalts mit dieser Form – der öffentlichen, mittels abstrakt-allgemeiner Gesetze herrschenden, außerökonomischen Zwangsgewalt – entgehen.“ (Elbe 2008a, 369)<sup>15</sup>

15 Vgl. auch die Studie von Schissler (1976, 121ff.). Dieselben Probleme ließen sich auch an Lenins Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Imperialismus aufzeigen. An die Stelle von Wertgesetz und Weltmarkt tritt die unmittelbare Herrschaft der Monopole und Trusts, die mit Hilfe der Usurpation des Staates die Welt in imperialistischer Form unter sich aufteilen. Lenin bestimmt die Epoche des Imperialismus durch folgenden ökonomischen Wandel: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (LW 22, 270f.) Letztlich ist es die aus dem sog. Konkurrenzkapitalismus erwachsene „Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt“ (305). Dies sei ein „sterbender Kapitalismus“ (307),

In welchem Maße der zentrale formanalytische Zusammenhang von politisch-rechtlicher Freiheit/Gleichheit und ökonomischer Unfreiheit/Ungleichheit, von Kapitalismus, Staat und Demokratie verkannt wird, erscheint besonders deutlich an Lenins personalistisch zentrierter, trugtheoretischer Kritik an der bürgerlichen Demokratie. In seiner Hetzschrift *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918), deren zentrales Thema die vehemente Verteidigung der terroristischen Diktatur des Proletariats gegenüber dem von Kautsky errungenen „Weltrekord in der liberalen Entstellung von Marx“ (LW 28, 240) darstellt, bezeichnet er die „bürgerliche Demokratie“ als „eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten“ (241). Die demokratischen Schutzrechte gelten angeblich nicht nur allein für die „bürgerlichen“ Parteien, während das Proletariat einem permanenten „Belagerungszustand“ (244) ausgeliefert sei, sondern sie wären über entsprechende „Hintertürchen und Klauseln“ (243) in der Verfassung sowieso nur Makulatur bzw. Täuschung der beherrschten Klasse; „Börse und Bankiers“ hätten sich zudem – mit fortschreitender Demokratisierung – die „bürgerlichen Parlamente“ nur „um so vollständiger“ (244) unterworfen. Letztlich endet Lenins Kritik damit, zu konstatieren, dass zwischen den demokratischen Phrasen und der Wirklichkeit ein „schreiende[r] Widerspruch“ bestehe, zwischen der „formalen Gleichheit“ und den „Tausenden tatsächlicher Begrenzungen und Manipulationen“ (245)<sup>16</sup>: „In der bürgerlichen Demokra-

der durch Verschmelzung von ökonomischer und politischer Gewalt gekennzeichnet sei: „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung‘“ (211). Dass diese Analyse sich nicht mit der marxischen *Kritik der politischen Ökonomie* verträgt, hat Margaret Wirth (1973) gezeigt. Vgl. Neusüß (1972).

16 Bini Adamczak hat auf einen spezifischen „Modus der Kritik“ (2010, 79) in der Argumentation der Bolschewisten aufmerksam gemacht, der auf den „Widerspruch zwischen Ideal und Realität“ (78) in nietzscheanischer Manier abhebt. Dieser Modus sei weder jener der verkürzten Kritik, die an der empiristisch-personalistischen Oberfläche der Strukturen hängen bleibe, noch der der reproduktiven Kritik, die selbst das Kritisierte letztlich bestätige (z.B. Kritik am Kapital als Verherrlichung der Arbeit), sondern die „aufdeckerische Kritik“ (79). Diese erkläre die Erscheinung zum Trug und die vermeintlich nackte Wahrheit des Wesens als das, was es zu realisieren gelte. Von dort her rühre auch Lenins unbestreitbare Offenheit in Bezug auf die diktatorisch-terroristische Funktion der Räterepublik: „Es handelt sich hier um eine konsequente Ideologiekritik, die eine Identität von Erscheinung und Wesen anstrebt. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die sich als Demokratie verkleidet, zeigt sich der proletarische Zwang nackt.“ (80) Dies ist zutreffend, wobei evidenterweise auch die beiden anderen Formen der Kritik für Lenin konstitutiv sind. Schief ist hingegen die weitere Argumentation von Adamczak, dass es der „Idealismus“ sei, dem zu seinem Recht verholfen werden müsse: „nicht das sie eine Lüge ist, ist an der Behauptung

tie werden die Massen von den Kapitalisten mit tausenderlei Kniffen, die um so raffinierter und wirksamer sind, je entwickelter die ‚reine Demokratie‘ ist, von der Teilnahme an der Regierung [...] abgehalten.“ (245f.)

Lenin konfundiert den sozio-ökonomischen Inhalt von Klassenherrschaft mit der politischen Form derselben. Die verschiedenen „Regierungsformen“ im Kapitalismus“ seien immer „nur Spielarten des bürgerlichen Staates, d.h. der Diktatur der Bourgeoisie“ (236). Staat und Demokratie werden unab-

---

der Demokratie zu kritisieren, sondern dass sie nicht wahr ist.“ (80). Eine immanente Kritik ist, wie Marx deutlich macht, noch ein anderer Modus. Diese erkennt den notwendigen Zusammenhang von Wesen und Erscheinung; dass diese nicht Trug ist und dass beide nicht ohne einander zu haben sind – Einheit vermeintlicher Gegensätze. Die immanente Kritik zielt also weder auf die abstrakte Negation der Erscheinung, die eben nicht bloßer Trug ist, noch auf deren Verwirklichung, sondern auf die Aufhebung des für Wesen wie Erscheinung konstitutiven Zusammenhangs. Der neue Zustand wäre mithin ein wirklich anderer. Der Kommunismus ist nicht die Verwirklichung der bürgerlichen Ideale und der Demokratie, sondern ihre Transzendierung. „Der in der Circulation entwickelte Tauschwerthprozess respektirt daher nicht nur die Freiheit und Gleichheit, sondern sie sind seine Producte; er ist ihre reale Basis. Als reine Ideen sind sie idealisierte Ausdrücke seiner verschiedenen Momente [...]. Sie realisirten sich erst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. [...] Es ergibt sich daher der Irrtum jener Socialisten [...], die den Socialismus als Realisation der von der französischen Revolution nicht entdeckten, sondern historisch in Umlauf geworfnen bürgerlichen Ideen nachweisen wollen, und sich mit der Demonstration abmühen, daß der Tauschwerth ursprünglich [...] ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Capital etc. [...] Das Tauschwerthsystem und mehr das Geldsystem sind in der That das System der Freiheit und Gleichheit. Die Widersprüche aber, die bei tieferer Entwicklung erscheinen, sind immanente Widersprüche, Verwicklungen dieses Eigenthums, Freiheit und Gleichheit selbst; die gelegentlich in ihr Gegenteil umschlagen. Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, daß z.B. der Tauschwerth aus der Form von Waare und Geld sich nicht zu der Form des Capitals oder die Tauschwerth producierende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll“ (MEGA II/5, 60f.). In dieser Ausführung konkretisiert sich nicht nur die Kritik an der „Illusion“, ein „Verbesserungsideal“ einführen zu wollen, welches „selbst nichts anderes ist als der Reflex der gegenwärtigen Welt“ (MEW 4, 105), sondern scheint darüber hinaus auch die Perspektive menschlicher Emanzipation auf, die jenseits der „moderne[n] Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternite“ (MEW 34, 303) zu situieren ist, ohne diese indessen, wie bei den Bolschewisten, abstrakt zu negieren. Marx sieht in den bürgerlichen Werten der Freiheit und Gleichheit ihr repressives Erbe. Befreite Individuen wären jenseits dieser Subsumtion des Nichtidentischen unter das freie und gleiche Subjekt: „Befreit wäre das Subjekt erst als mit dem Nichtich versöhntes, und damit auch über der Freiheit, soweit sie mit ihrem Widerpart, der Repression verschworen ist.“ (Adorno 1997, 297)

hängig ihrer konkreten Formen zu personalistisch verfassten Instrumenten der Klassenknechtung erklärt, womit der spezifisch kapitalistische Modus der Herrschaft sowie die Spezifik des Klassencharakters des bürgerlichen Staates und seiner Demokratie verkannt werden<sup>17</sup>: Herrschaft hat sich in der kapitalistischen Gesellschaft „selbst verdoppelt“ (Blanke u.a. 1975, 423) in abstrakte Herrschaft des kapitalistischen Verwertungsprozesses bzw. der Produktionsbedingungen über die Produzenten und den politischen Staat. Konstitutiv für diese Verdoppelung der Herrschaft ist, dass sie vermittelte und indirekte Formen annimmt. Während die kapitalistische Ökonomie (idealitas) frei von direkten Zwangs- und Gewaltverhältnissen ist – „Gewalt von keiner Seite“ (MEW 42, 170) – und die ökonomisch herrschende Klasse nicht auch über politische Herrschaftsbefugnisse verfügt, nimmt die politische Gewalt im modernen Staat die Rechtsform an, welche alle Gesellschaftsmitglieder als freie und gleiche Rechtssubjekte konstituiert, um ihren Verkehr als besondere und vereinzelte Privateigentümer abstrakt zu vermitteln. Die Gewalt verschwindet dabei nicht, sondern nimmt gegenüber ihrer willkürlichen und terroristischen sowohl eine strukturelle als auch eine diese flankierende rational-berechenbare Form an. Weder ist die bürgerliche Gesellschaft eine gewaltlose Vergesellschaftungsform noch ist der Staat eine neutrale politische Form, die sich autonom gegenüber der kapitalistischen Ökonomie verhält. So, wie der Kapitalismus allein diejenige Gewalt nicht verträgt, die seine Verkehrsformen beeinträchtigen, so ist der moderne Staat zwingend und unabhängig von seiner konkreten Regierungsform, d.h. auch als demokratisch rechtsstaatlich verfasster Sozialstaat, ein Klassenstaat. Der ‚Staat des Kapitals‘ (J. Agnoli) ist nicht Klassenstaat, weil er Instrument der herrschenden Klasse oder gar im Besitz ihrer führenden Fraktionen ist, sondern weil er die materielle „Vergegenständlichung eines strukturellen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisses ist. Bestandsfähig ist er nur so lange, als der ökonomische Reproduktionsprozess als Kapitalverwertungsprozess gewährleistet bleibt.“ (Hirsch 2005, 26) Was immer auch seine konkrete Regierungsform und sein institutionelles Arrangement sei, es ist die Funktion des modernen Staates als Monopolist der legitimen Gewaltanwendung und ‚Friedensstifter‘ der bürgerlichen Gesellschaft, den kapitalistischen Verwertungsprozess aufrechtzuerhalten und somit „zugleich soziale Klassenverhältnisse“ (Schäfer 2006, 177) zu reproduzieren.

17 Vgl. zum Folgenden ausführlich Wallat 2012a. Damit ist freilich weder behauptet, dass es die von Lenin beschriebenen Phänomene nicht gibt, noch dass diese gleichsam bloß vormoderne Relikte seien. Sie sind aber nicht die *konstitutiven* formanalytischen Merkmale, welche die *Spezifik* der kapitalistischen Totalität ausmachen.

In Bezug auf den Zusammenhang von Kapitalismus, Demokratie und bürgerlicher Freiheit/Gleichheit wird Lenins Rückfall hinter die konstitutiven Einsichten der marxischen *Kritik der politischen Ökonomie* in eine empiristische formunspezifische, undialektisch inhaltfixierte Herrschaftssoziologie überdeutlich. Wir erinnern uns: Als „Repräsentanten von Waren und daher als Warenbesitzer“ (MEW 23, 100) besteht formell „kein Unterschied“ (MEW 42, 167) zwischen den Austauschenden als „Personen“, die sich „wechselseitig als Privateigentümer anerkennen“ (MEW 23, 99). Als Austauschende von Äquivalenten „ist ihre Beziehung daher die der *Gleichheit*“ (MEW 42, 167). Sie gelten im Tausch als „Gleichgültige“, unabhängig von ihren „sonstigen individuellen Eigenheiten“ (168). Ihre „natürliche Verschiedenheit“ spielt nur insofern eine Rolle, als dass die Verschiedenheit der Bedürfnisse und der Produktion „den Anlaß zum Austausch“ (168) geben. Hier kommt das Moment der „Freiheit“ (169) ins Spiel. Der wechselseitigen Anerkennung als Person inhäriert der staatlich gesicherte Verzicht darauf, „sich des Eigentums des andren mit Gewalt“ (169) zu bemächtigen. Jeder „entäußert sich desselben freiwillig“ (169). Im kapitalistischen Tausch ist seiner formellen Seite nach folglich „die vollständige Freiheit des Individuums gesetzt: Freiwillige Transaktion; Gewalt von keiner Seite“ (170):

Wenn „also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individueller sowohl wie sachlicher, der zum Austausch treibt, die *Freiheit*. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit*. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke desselben; als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer andren Potenz“ (170).

Mit dem Äquivalententausch und dem „Geldsystem“ (MEGA II/2, 59) kommt somit das „juristische Moment herein und der Freiheit, die in ihr enthalten ist“ (56). Die „Sphäre der Zirkulation“ ist daher „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ (MEW 23, 189). Auch wenn das „bürgerliche System der Äquivalente in Aneignung ohne Äquivalent umschlägt und auf ihr basiert“ (MEW 42, 497) und es der „Verwirklichung der *Gleichheit und Freiheit*“ immanent ist, „Ungleichheit und Unfreiheit“ (174) zu setzen, da die „Eigentumsgesetze der Warenproduktion“ (MEW 23, 613) als ein „dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein“ (609) notwendig in „Gesetze der kapitalistischen Aneignung“ (613) umschlagen, lässt Marx keinen Zweifel am realen Fortschritt der Freiheit unter diesen verdinglichten

und abstrakten Herrschaftsverhältnissen aufkommen: Das „lebendige Arbeitsvermögen gehört sich selbst an und disponiert durch den Austausch über seine eigne Kraftäußerung. [...] Allein so ist, was die einzelne, wirkliche Person betrifft, ihm weites Feld der Wahl, Willkür und daher der formellen Freiheit gelassen“ (MEW 42, 377).

Es lässt sich von einer prekären strukturellen Affinität von Kapitalismus und Demokratie sprechen, die im zaristischen Russland zweifelsohne kaum auszumachen war<sup>18</sup>, dennoch aber konstitutiv für einen kritischen Begriff kapitalistischer Vergesellschaftung und ihres Herrschaftscharakters ist. Da der äquivalente Warentausch nicht nur die „*Substitution* von Zwang und unmittelbarer Gewalt“ und somit „zugleich die *Konstitution* einer die bürgerlichen Geschäfte absichernden öffentlichen Gewalt“ (Kostede 1980, 148), sondern darüber hinaus die beschriebene materielle Fundierung der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit darstellt und als gegeben voraussetzt, sind es die Austauschbeziehungen selbst, die das bürgerliche „System der Freiheit und Gleichheit“ (MEW 42, 174) begründen. Die kapitalistischen Klassenbeziehungen und die Form der kapitalistischen Mehrwertproduktion und -aneignung mittels Äquivalententausch sind als dinglich vermittelte Herrschaftsverhältnisse gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht unmittelbare Gewaltverhältnisse und Herrschaftsbeziehungen darstellen, sondern dem Ideal nach auf der Anerkennung der formellen Freiheit und Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder basieren. Die prekäre *strukturelle* Affinität zur Demokratie besteht folglich darin, dass sie die politische Form ist, die den

18 Dass dies allerdings kein zwingender Grund ist, die Spezifik des kapitalistischen Staates und seiner Demokratie zu verkennen, belegt die bahnbrechende Studie *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* des sowjetischen Rechtstheoretikers Eugen Paschukanis. Im Geburtsjahr des Leninismus hält Paschukanis bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kapital sowie der realen Freiheit und Gleichheit der Rechtssubjekte folgende konstitutive Einsicht fest: „Aber die Unterwerfung desselben Arbeiters unter den kapitalistischen Staat ist nicht dasselbe, wie seine Abhängigkeit von den einzelnen Kapitalisten [...]. Es ist nicht dasselbe, erstens weil hier ein besonderer, von den Vertretern der herrschenden Klasse getrennter Apparat vorhanden ist, der über jedem einzelnen Kapitalisten steht und als unpersönliche Kraft figuriert. Zweitens ist es nicht dasselbe, weil diese unpersönliche Kraft nicht jedes einzelne Ausbeutungsverhältnis vermittelt; der Lohnarbeiter wird ja nicht politisch und juristisch gezwungen, für einen *bestimmten* Unternehmer zu arbeiten, sondern verkauft formell diesem seine Arbeitskraft auf Grund eines freien Vertrags. Insoweit das Ausbeutungsverhältnis formell als Verhältnis zwischen zwei ‚unabhängigen‘ und ‚gleichen‘ Warenbesitzern verwirklicht wird [...], kann die politische Klassengewalt die Form einer öffentlichen Gewalt annehmen. Das in der bürgerlich-kapitalistischen Welt herrschende Prinzip der Konkurrenz gestattet [...] keine Möglichkeit einer Verbindung der politischen Macht mit dem einzelnen Unternehmen“ (Paschukanis 2003, 141). Zu Paschukanis vgl. Harms (2009).

strukturellen Anforderungen des kapitalistischen Warentausches entspricht: Sie setzt zum einen die formelle Gleichheit und Freiheit der bürgerlichen Subjekte politisch durch und stellt zum anderen diejenige politische Regierungsform dar, welche die dem Verwertungsprozess funktionsadäquate Besonderung der politischen Gewalt gegenüber *allen* Klassen, Gruppen und Individuen zu realisieren vermag; ihre im institutionellen Gefüge und in politischen Verfahren eingebettete politische Vermittlung der verschiedensten sozialen Interessengegensätze ist imstande, den „Gegensatz“ von Kapital und Lohnarbeit „abzuschwächen“ (MEW 8, 141). Marx bezeichnet daher den „*demokratischen Repräsentativstaat*“ als den „vollendeten modernen Staat“ (MEW 2, 121). Der zivilisationsgeschichtliche Fortschritt der „Beschränkung und Rationalisierung politischer Herrschaftsgewalt“ (Schäfer 2006, 229) ist also in den Funktionsmodi der kapitalistischen Ökonomie strukturell angelegt. Diese strukturelle Affinität ist allerdings dahingehend als *prekär* zu klassifizieren, als dass der demokratische Staat nicht allein das *historisch-kontingente Resultat des politischen Handelns und politischer Kämpfe* darstellt, die keineswegs einer eindimensionalen Entwicklungslogik folgen, sondern die Demokratie selbst in Zeiten grundlegender sozio-ökonomischer Krisen als dysfunktional für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse angesehen werden kann und somit ihre Beseitigung im Ganzen oder in Teilen droht. Daher gilt für das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft: „*der Staat ist notwendig, die Demokratie nicht.*“ (Kostede, 1980, 160)

Lenins simplifizierende Analyse kapitalistischer Herrschaft kann, wie angedeutet, aus den Erfahrungen mit der vorrevolutionären Wirklichkeit in Russland sowie dem agitatorischen Charakter seiner Schriften erklärt werden. Trotz allem sind es theoretische Fehlbestimmungen weitreichender Art, die noch in der späteren Verkennung des Faschismus durch die Kommunisten nachwirkte. Offensichtlich wird dies am Begriff der Diktatur des Proletariats als zentralem Axiom von Lenins politischem Denken: „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats* erstreckt.“ (LW 5, 424)<sup>19</sup>

19 **Die Diktatur des Proletariats hat Marx bekanntlich wie folgt definiert:** „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*“ (MEW 19, 28). Gegenüber Lenins Umdeutung kann man gar nicht oft genug betonen, dass für Marx der Begriff der Diktatur den sozio-ökonomischen Inhalt der Politik der Klassenherrschaft und nicht eine Regierungsform bezeichnet. In diesem Sinne sprechen Marx und Engels auch von der „Diktatur der Bourgeoisie“ (MEW 7, 40) im Kapitalismus, die durchaus mit sehr verschiedenen Regierungsformen, insbesondere auch mit der „demokratischen Republik“ als der „letzten Staatsform



Gegenüber den eigentlichen Adressaten von *Staat und Revolution*, den Reformisten, insistiert Lenin auf der Notwendigkeit der Zerschlagung des Staates, dessen Apparat nicht einfach übernommen werden könne: „Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der alten Staatsmaschine kommandiert und regiert, sondern muß darin bestehen, daß sie diese Maschine zerschlägt und mit Hilfe einer neuen Maschine, kommandiert und regiert“ (LW 25, 501). Das ausführende Organ der „Vernichtung“ (400) des kapitalistischen Staates sei die Diktatur des Proletariats als offene Diktatur der „ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die verschwindend kleine Minderheit der modernen Sklavenhalter“ (415). Diese an keine Gesetze gebundene, „mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützende Macht“ (416)<sup>20</sup> des Proletariats und seiner Verbündeten, deren

der bürgerlichen Gesellschaft“ (MEW 19, 29) zu koexistieren vermag. Engels bestimmt daher auch die „Republik“ (MEW 39, 215) als die „politische Form für die künftige Herrschaft des Proletariats“ (216). Dass der „Diktaturbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung nicht in der Ebene der politischen oder rechtlichen Form des Staates liegt, kein staatsrechtlicher und kein rechtsphilosophischer, sondern ein *soziologischer*“, wie Arkadij Gurland (1981, 124) in seiner klassischen Studie *Marxismus und Diktatur* (Original Diss. 1928), herausarbeitete, wird in diesem Kontext besonders deutlich. Gurland macht klar, dass es sich bei Marx' Begriff der Diktatur „nicht um eine spezifische Form der Klassenherrschaft, sondern um ihren *sozialen Inhalt* handelt“ (119), d.h. dass die „Diktatur der Bourgeoisie“ nicht „die Diktatur des Säbels über die bürgerliche Gesellschaft“, sondern die „Diktatur der Bourgeoisie durch den Säbel“ ist. Diese brauchte „vom Soldaten nur noch den Gendarm“: „Das Geld hat keinen Herrn! [...]: Die Bourgeoisie hat keinen König, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die Republik.“ (MEW 7, 40) „Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur“, sagt Lenin hingegen, „bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze eingeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht. *Nichts anderes als das* bedeutet der Begriff ‚Diktatur‘– merken sie sich das gut“ (LW 10, 244). Lenin will also die Freiheit des Staates und nicht die konträre marxische „Freiheit [...], den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln“ (MEW 19, 27). Zum Bedeutungswandel des Begriffs der Diktatur des Proletariats vgl. auch Draper (1987). Draper verweist im Übrigen auf die gerne verdrängte Tatsache, dass es, insbesondere auch in konservativen Kreisen im 19. Jahrhundert üblich war, die Demokratie als Diktatur gegenüber den Besitzenden zu bezeichnen: „By the nineteenth century political language had long included references to the ‚dictatorship‘ of the most democratic assemblies, of popular mass movements, or even of The People in general. All Marx did at the time was apply this old political term to the political power of a *class*.“ (13f.) Zu dieser Vorgeschichte des Terminus und seiner Verwendung im Werk von Marx vgl. Draper (1986, 11ff.).

20 Den gewaltsamen, undemokratischen und unbeschränkten Charakter der Diktatur des Proletariats hebt Lenin besonders in seiner Schrift gegen den ‚Renegaten‘ Kautsky hervor (vgl. LW 28, 233f., 237, 240, 250f. u. 254f.).

Notwendigkeit, so Lenins zentrale revolutionäre Lehre, daraus entspringe, dass die unvermeidliche Konterrevolution unterdrückt werden müsse, sei an sich schon kein Staat mehr, da hier nicht mehr die Minderheit, sondern die Mehrheit das Sagen habe: „Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben*.“ (LW 25, 433) Die Diktatur des Proletariats bezeichne die Phase des Übergangs zum Kommunismus als einer „Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes“, dessen Ziel die „Vernichtung“ (425) der Bourgeoisie sei, wozu ein „zeitweiliges Ausnutzen der Organe, Mittel und Methoden der Staatsgewalt *gegen* die Ausbeuter notwendig ist“ (449): „es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“ (475) Ihr Kennzeichen ist die Umkehrung der Diktatur, die zugleich das erste Mal in der Geschichte reale Demokratie für die „riesige Mehrheit des Volkes“ (476) sei: Vernichtung der Bourgeoisieklasse samt ihres Staates mittels der Sowjets, was angesichts der „realen Situation“ im Sommer/Herbst 1917 in der Tat „keine leere Phrase“ oder „autoritäre[r] Utopismus“ (Koltan 2010, 99) war.

Lenins Konzeption läuft darauf hinaus, dass der bürgerliche Staat aufgehoben/vernichtet/zerschlagen wird, und zwar von der Diktatur des Proletariats als des absterbenden Staates in Form einer diktatorischen wie radikalen Rätedemokratie: „Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Doch ‚unverständlich‘ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution ‚aufheben‘. Der Staat überhaupt, d.h. die vollkommenste Demokratie kann nur ‚absterben‘.“ (LW 25, 409f.) Das Ende des Staates sei ein schleichender Prozess, dessen Anfang die Zerstörung des kapitalistischen Staates mittels einer unvermeidlich „gewaltsamen Revolution“ (411) bilde. Mit heftigster Gewalt wird das alte Regime beseitigt, um am Ende die Gewalt auch der radikalen Demokratie als letzter absterbender Staatsform ganz aufzuheben. Angesichts des realen Verlaufs der Russischen Revolution hat Lenins These vom Absterben der Demokratie nicht nur einen unfreiwillig tragisch-komischen Charakter, sondern verweist auch auf ein demokratietheoretisches Defizit, das im Gespann mit seinem autoritär-hierarchischen Parteimodell, seinem instrumentalistischen Gewaltbegriff sowie seiner siegesgewissen Geschichtsphilosophie zu einer nie überwundenen Erblast des real-existierenden Sozialismus wurde. Man wird Lenin nicht vorhalten können, dass er den gewaltsamen und terroristischen Charakter der Räte-Diktatur des Proletariats verschwiegen hätte. Abgesehen von dem historisch sich bis auf die Knochen blamierenden Wunder der Dialektik, mit der proletarischen Forcierung von Staat und Gewalt dieselben aus der Welt zu schaffen, die im Verbund mit der

Universalisierung des Fabrikregimes – „die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik“; „Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* [...] Staatsyndikats“ (488) – als Vorbild sozialistischer Ordnung<sup>21</sup> konsequent zu einer historisch beispiellosen terroristischen Aufhebung der Gesellschaft in den Staat mündete, ist es Lenins Feindschaft gegenüber dem unbedingten Wert demokratischer Strukturen und Formalia, die sich als fatal erweisen wird. Dass Lenin über die Bedenken der als ‚Dutzend-Liberale‘ verhöhnten Kritiker hinweg ging, sollte sich bitter rächen, da, wie Lenin ja selbst hervorhob, die Form auf den Inhalt zurückschlägt: „Auch wenn wir von diesen spezifischen Entwicklungen [der Russischen Revolution; d. Verf.] absehen, so wird jeder ‚Sozialismus‘ oder jeder ‚Planwirtschaft‘ ohne demokratische Formen und institutionell gesicherte gesellschaftliche Kontrolle politischer Entscheidungen [...] mit Notwendigkeit unter den Bedingungen der ‚Massenverwaltung‘ (Max Weber) ein autoritär-bürokratisches Lenkungssystem, mit großer Wahrscheinlichkeit eine ‚Kommandoökonomie‘ und die diktatorische Macht einer bürokratisch rekrutierten Herrenschicht [...] hervorbringen.“ (Schäfer 1994, 63f.)<sup>22</sup> Was implizit schon der Organisationsfrage zugrunde lag, wurde in Bezug auf die Ausführungen zu Staat, Revolution und Demokratie explizit. Die Identifizierung von Staat und Politik, von Demokratie und Gewalt ließ für die Frage der sozialen und politischen Institutionalisierung von Revolution und Kommunismus keinen Raum. Der unspezifische Staats- und Demokratiebegriff wischte die institutionellen Fragen nicht weniger mit geschichtsphilosophischer Geste weg als die im wahrsten Sinne des Wortes über Tod und Leben entscheidenden Differenzen der Herrschaft und ihrer Gewaltformen: „Aufgrund seiner überbietenden Argumentation war auch die ‚dutzendliberale‘ Differenz von Rechtsstaat, politischer Freiheit und ‚unmittelbarer, unbeschränkter Gewalt‘ verschwunden und mit ihr die entscheidend wichtige Frage, ob es denn legitime Rechte gegen den jeweiligen Inhabern gesellschaftlicher und politischer Gewalten gibt oder nicht gibt. Mit den Fragen demokratischer öffentlicher Willensbildung und Entscheidungsfindung umging Lenin auch die der institutionell garantierten Kontrolle und Beschränkung politischer Macht“ (73f.). In Verbund mit dem bolschewistischen Parteimodell hat Lenins Staats- und Demokratietheorie folgerichtig

21 Es ist (vielleicht mehr als) ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass die deutsche „Post als Muster sozialistischer Wirtschaft“ (LW 25, 439) just im Zuge der Implosion des Ostblocks privatisiert wurde.

22 Eine ausführliche marxistische Analyse des Staates und der Ökonomie des Ostblock-Sozialismus steht noch aus. Verschiedene Ansätze hierzu versammelt die Textsammlung von Marcel van der Linden (2007). Vgl. auch die Studie von Conert (1990).

einen autoritären, gewaltförmigen und bürokratischen Weg eingeschlagen, der für den Ostblock-Sozialismus nicht nur bis zu seinem Ende konstitutiv war, sondern dieses Ende ganz wesentlich auch mit verursachte.

## Geschichte und Gewalt

Lenin sah und benannte hellsichtig die Probleme des Aufbaus des Sozialismus und verheimlichte sie nicht wie Stalin: „Warum machen wir denn Dummheiten? Das ist klar: Erstens weil wir ein rückständiges Land sind, zweitens ist unsere Bildung minimal, drittens erhalten wir keine Hilfe. Kein einziges zivilisiertes Land hilft uns. Im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns. Viertens ist unser Staatsapparat schuld. Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück.“ (LW 33, 414) Seine durch die Bürgerkriegserfahrung – der „Terror wurde uns durch den Terrorismus der Entente aufgezwungen“ (LW 30, 318) – nur noch bestärkten Antworten, blieben indessen dieselben: Abhilfe sollten stets die autoritäre Direktive von oben und die unmittelbare Gewalt schaffen<sup>23</sup>, was wenig zur intendierten „Abschaffung“ jener terroristischen „Maßnahmen“ (318) beitrug, die im Bürgerkrieg gegen die – durch internationale Solidarität – forcierte Konterrevolution erprobt wurden. Lenin hat beides in seinen helleren Momenten nicht glorifiziert, sondern als notwendiges Übel angesehen, das den in der Tat nicht frei gewählten oder gar allein verschuldeten Umständen der Revolution entsprang. Dennoch steht die terroristische Entartung der Revolution, die Universalisierung von staatlicher Gewalt anstelle ihrer Abschaffung, die fabrikmäßige Knechtung des Proletariats anstelle seiner Emanzipation, nicht Lenins Denken und Handeln entgegen, sondern entspricht diesem. Sein autoritäres und hierarchisches Parteikonzept beinhaltet die Möglichkeit einer diktatorischen Verselbstständigung der führenden Organe, da diese, durchaus im Gegensatz zu seinem Rätemodell, an keinerlei Kontrolle von unten mehr gebunden waren. Die „Gewalt“

23 Deutlich wird diese Ambivalenz in seinen späten Schriften, in denen Lenin sich der „Unausbleiblichkeit des Endsieges des Sozialismus“ zwar immer noch zu versichern versuchte, die Probleme des Aufbaues der neuen Ordnung aber schonungslos benannte: „Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen, abscheulich, daß wir zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen“. (LW, 33, 474). „Die letzten Schriften lassen zugleich die persönliche Tragödie Lenins erkennen. Sein festes Selbstvertrauen war erschüttert. Er bemerkte, daß nicht nur die Revolution versandet, sondern die Revolutionäre mehr die Getriebenen als die Treibenden waren“ konstatiert Hermann Weber (1992, 158). Lenin bleibt allerdings Gefangener seiner selbst, da er auf die Frage des Bürokratismus nur die alte anti-demokratische Antwort der vermehrten Kontrolle durch mit Machtbefugnissen ausgestatteten Experten zu geben vermochte – wieder nur von oben nach unten!

als das „Hauptmerkmal“ (LW 28, 237) der durch „unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin“ zusammengeschweißten Diktatur des Proletariats kannte keinerlei Grenzen und war offensiv als revolutionärer Bürgerkrieg zur physischen Vernichtung des Feindes konzipiert: der Sieg „ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod“ (LW 31, 8). Gewalt in Form des brutalsten Terrors war als ein durch seinen Zweck geheiligtes Mittel, ein beliebig einsetzbares Instrument der bolschewistischen Partei zur Beseitigung jeglichen Widerstandes. Die Möglichkeit der Verselbstständigung, Potenzierung und Verewigung von terroristischer (Staats-)Gewalt scheint für Lenin so wenig einer Überlegung wert gewesen zu sein, wie die verspottete Frage nach dem grundsätzlichen Problem, Gewalt als Mittel der Emanzipation einzusetzen. Dass die Orgie bolschewistischer Gewalt am Ende nicht nur den kapitalistischen Klassenfeind, sondern alle Feinde der Partei traf, war ebenfalls folgerichtig. Auf der einen Seite bestand in der durch die Partei angeführten Diktatur des Proletariats für die absoluter Feindschaft Preisgegebenen explizit keinerlei rechtlich einklagbarer Schutz; wenn die Demokratie immer nur Demokratie für die jeweils herrschende Klasse ist, mussten und sollten die Mitglieder der alten Herrschaft Vogelfreie sein. Auf der anderen Seite fundiert die bolschewistische Gewalt und ihre Universalisierung in einer Lenins Denken abrundenden Geschichtsphilosophie, in der die Partei der Exekutor einer Wahrheit ist, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verwirklicht werden muss und die keinen (individuellen oder kollektiven) Ein- und Widerspruch duldet: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wir allein als Partei haben Einblick in die Wahrheit der dialektischen „Entwicklungsgesetze“, welche die „geradezu kosmische[n] Garantie“ der auszuführenden „Gewaltstriche“ (Schäfer 2006, 313) abgeben.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Lenins Philosophie ist hier nicht Thema. Angemerkt werden soll allein, dass letztlich auch diese eine dem politischen Kampf untergeordnete Funktion hatte. Die Polemik *Materialismus und Empiriokritizismus* (1908) stellt keine philosophische Reformulierung des Materialismus, sondern eine politisch motivierte naiv-realistische Ontologie dar, die, hinter die nominalistische Aufklärung und die kopernikanische Wende Kants zurückfallend, Reflexionsbestimmungen, also Denkleistungen menschlicher Subjektivität, zu vermeintlich denkunabhängigen Seinsbestimmungen hypostasiert. Vgl. Haag (2005, 125ff.). Lenins Angriff auf Bogdanov, der in Fragen der Kunstproduktion sehr viel revolutionärer und in Bezug auf die Fortschritte von Philosophie und Wissenschaft mehr *up to date* war als sein kulturkonservativer Widersacher, interpretierte jüngst Stefan Plaggenborg (2006, 47ff.) sowohl als ideelle Antizipation der Verfahrensweise stalinistischer Schauprozesse als auch als ideengeschichtlichen Grund für die (späteren) Theorieblockaden des Sowjetmarxismus. Es soll mit alledem nicht unterschlagen werden, dass Lenin in seinen *Philosophischen Hefien* (1914/15) zu weit reflektierteren Annahmen gefunden hat, die *cum grano salis* ein geheimes Dokument

Diese hochexplosive Mischung aus einem instrumentalistischen Gewaltbegriff und der entwicklungsgesetzlichen Geschichtsphilosophie lässt sich an Lenins *Brief an die amerikanischen Arbeiter* vom 20.8.1918 verdeutlichen, in welchem er den Terror rechtfertigt und den „Krieg gegen die Kapitalisten“ (LW 28, 57) bewirbt. Lenin spricht dort jene „große Wahrheit“ des Bolschewismus aus, dass eine „Revolution nur dann erfolgreich sein kann, wenn *der Widerstand der Ausbeuter gebrochen wird*“ (58). Zum einen seien die „Menschen“ in der „Revolution“ nicht gleichsam über Nacht „zu Heiligen geworden“ (58), zum anderen ließe sich der „Leichnam der bürgerlichen Gesellschaft“ nicht „einfach in einen Sarg legen und ins Grab senken. Zur Strecke gebracht, verfault der Kapitalismus, geht er mitten unter uns in Verwesung über, verpestet die Luft“ (59) und setzt alles daran, das Lebendige, d.h. die Revolution mit in den Abgrund zu ziehen. Fehler, die in einer solchen, allseits vom Tode bedrohten Situation des Übergangs in ein unbekanntes neues Land begangen werden, und zwar selbst wenn „auf 100 unserer richtigen Handlungen 10000 Fehler entfielen“, seien nichtig für eine Revolution, die „vor der Weltgeschichte groß und unbesiegt“ (59) dastehen wird.

Lenin sieht nur *einen* substantiellen Fehler, den die Bolschewisten bisher begangen hätten: „nicht fest und entschlossen genug“ (58) die Konterrevolution zerschlagen zu haben. Dass dies mehr als nur markige Worte sind, und dass Lenin nie zögerte, konkret zu benennen, was diese Wahrheit des Bolschewismus bedeutet, wird bereits 1906 sichtbar. Schon Jahre vor den Wirren der Revolution und dem imperialistisch forcierten Bürgerkrieg predigte Lenin die „Notwendigkeit eines erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges“ (LW 11, 160), in dem die „rücksichtsloseste Vernichtung ziviler und militärischer Führer der Gegenseite [...] Pflicht“ (62) sei und der „Massenterror“ zum „Bestandteil“ der „Taktik“ (163) gehöre. In Bezug auf die spätere, als „einzige *Wahrheit*“ ausgegebene „Losung ‚Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg‘“ ist es daher auch entscheidend, die „Kriegsmüdigkeit“, den „Widerwillen und Abscheu vor dem Krieg“ (LW 28, 15)<sup>25</sup> zu

der Vorgeschichte des westlichen Marxismus darstellen. Vgl. hierzu den wohlwollenden Aufsatz von Arndt (o.O/J.)

<sup>25</sup> **Um es sich klar zu machen: Revolutionärer Bürgerkrieg ist die bewusste Entfesselung totaler Gewalt und der entsprechenden Dehumanisierung:** „Während die Menschen hungerten und kreperten [und Kannibalismus an der Tagesordnung war; d. Verf.], grassierten der rote Terror der Revolutionstribunale und der Geheimpolizei (*Tscheka*) sowie der ‚weiße‘ Terror ungehemmt weiter. Die bolschewistischen ‚Organe‘ arbeiteten effizient bei der Vernichtung von Menschenleben, und sie waren extrem erfolgreich beim Schaffen von Ernährungskrisen, aber als es um die Rettung der Hungernden ging, da versagten sie in grandiosem Ausmaß. Die Menschen entwickelten unter diesen Umständen Überlebensstrategien, für die humanitäre Gesichtspunkte

überwinden, da der „Ausgang dieses Krieges“ das „Schicksal der Revolution“ sei und die wichtigste Etappe auf dem Weg zum unvermeidlichen „Endsieg des Sozialismus“ (16) darstelle: „Die bewaffneten Arbeiter waren Keim einer neuen Armee, Organisationszelle der neuen Gesellschaftsordnung.“ (284) Wer sich der militärischen, auf unbedingte physische Vernichtung des Feindes gerichteten Logik der Gewalt – „mit der Wurzel ausgerottet“ (LW 27, 234) – nicht unterwirft, ist *per se* ein im Namen des menscheitsgeschichtlichen Fortschritts zu liquidierender, „die Entwaffnung des Proletariats“ (LW 31, 28) betreibender Konterrevolutionär: „Mit einem Wort, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution“, welche „allein imstande ist, die Kultur, die Menschheit vor dem Untergang zu retten“ (LW 28, 62). Die Diktatur des Proletariats erstreckte sich aber nicht allein auf die Unterdrückung der Konterrevolution und die Vernichtung des Klassenfeindes, sondern auch auf Gesellschaftsmitglieder, deren schlechte „Gewohnheiten“ aus dem Fortleben der alten „Kultur“ (LW 33, 475) herrühren: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und ein unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht.“ (LW 31, 29) Um sie zu brechen, bedarf es einer Erziehungsdiktatur, deren „*eiserne Hand*“ (LW 27, 255) den alten Plunder zerschlägt und das widerständige Menschenmaterial an die Kandare nimmt. Für den „Weltbolschewismus“ (LW 28, 293) ist die das Proletariat stählende Schule die Fabrikdisziplin und der Krieg. Lenins programmatische Schrift *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* (1918) macht nicht nur deutlich, in welchem Maße Lenins politisches Denken von militärischer Logik geprägt

---

nicht gelten konnten. Sie übten Gewalt gegeneinander aus, um sich zu schützen, sie raubten, sie mordeten, Lynchjustiz war häufig [...]. Die Kriminalität wuchs ins Unüberschaubare. Die Prostitution nahm erschreckende Ausmaße an. Verwahrloste Kinder bevölkerten zu Tausenden die Städte [...]. Der Zusammenbruch der Zivilisation [...], ja des Humanen in den ersten Jahren nach 1917 war total.“ Plaggenborg (2006, 39). Vgl. zu der staatlich entfachten Gewalt ebd., 121ff., sowie zum Verlauf des Bürgerkriegs im allgemeinen Werth (2002, 51ff.). Dieser wahrhaft apokalyptische Charakter des russischen Bürgerkriegs kann nicht allein der Konterrevolution in die Schuhe geschoben werden. Der *notwendig* gewaltsame Charakter der Revolution war ein Axiom in Lenins Denken: „Bei der Definition des Begriffs der Diktatur bemühte sich Kautsky nach Kräften, dem Leser das Hauptmerkmal dieses Begriffs vorzuenthalten: die revolutionäre *Gewalt*. Nun aber tritt die Wahrheit zutage: Es handelt sich um den Gegensatz zwischen *friedlicher* und *gewaltsamer Umwälzung*. Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen und Taschenspielertricks braucht Kautsky ja gerade, um über die *gewaltsame* Revolution *hinwegzureden*“ (LW 28, 237).

ist, sondern zeigt überdies, dass der russische Revolutionär den Sozialismus als gnadenlose Modernisierungsdiktatur begriff. Die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität müsse mittels des „Taylorsystem“ (LW 27, 249) in die Arbeiter geprügelt werden und der bewunderte Instinkt des Volkes, „Diebe am Tatort“ sofort zu erschießen, institutionalisiert werden, damit die zumeist „mehr einem Brei als einem Eisen“ gleichkommende Macht der Diktatur nicht nur mit den Ausbeutern, sondern auch den „Rowdys“ (256) gehörig aufräume. Lenins Lob gilt daher dem revolutionären „Gericht“, das als „*Organ der Macht* des Proletariats und der armen Bauernschaft“ ein „Werkzeug der Erziehung zur Disziplin ist“, indem es „schonungslos zu bestrafen“ (257) verstehe. Die „*widerspruchslose*“ und „*unbedingte Unterordnung*“ der Massen unter den „*einheitlichen Willen* der Leiter“ versteht sich dann ganz von selbst: ein von unten unkontrollierbares Herrschaftsverhältnis, das sich als rein technische „Notwendigkeit“ (259) ausgibt. Auch hier gilt: Lenin wusste um den Charakter des revolutionären Terrors zur Bekämpfung der ‚Obломowtschina‘, des Schlendrians: „Solange in Deutschland die Revolution mit ihrer Geburt noch säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen [...], ohne dabei vor barbarischen Methoden im Kampf gegen die Barbarei zurückzuschrecken.“ (333) Im Angesicht der zu bewältigenden Aufgaben und vor der Weltgeschichte als dem Weltgericht ist die auf das Innere der Menschen nicht weniger als auf die äußere Freiheit derselben dreinschlagende Gewalt aber immer schon gerechtfertigt. *Politiktheoretisch* folgt der bolschewistische Terror aus Lenins Staats- und Demokratiebegriff, dem Konzept der Diktatur des Proletariats und seinem autoritären Parteimodell, in welchen nicht nur die spätere Entwicklung antizipiert ist, sondern die auch keinerlei Mittel für eine grundsätzliche Korrektur bereit hielten. Fundiert aber ist das bolschewistische Revolutionsmodell in einer *Geschichtsphilosophie*, die als „magische Versicherung“ (Schäfer 2006, 313) dient. Dies wird deutlich an der einzigen Stelle, an der die Partei in *Staat und Revolution* Erwähnung findet: „Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das *ganze Volk* zum Sozialismus *zu führen*, die neue Ordnung zu leiten und organisieren“ (LW 25, 426). Wie Michael Koltan bemerkt, ist dieser „Satz schon syntaktisch“ (Koltan 2010, 100) selbstverräterisch. Subjekt des Satzes ist nämlich weder die Partei (avantgarde) noch das Proletariat, sondern der Marxismus, d.h. die Wahrheit. Dieser erzieht die Führer, wie diese die Geführten erziehen. Die Revolution ist nicht ein Akt der Freiheit (der sich Befreienden), sondern die Verwirklichung einer Wahrheit, die keinen Widerstand dulden kann. Kollektive politische Praxis wird, wie Hannah Arendt monierte, zum Geschichte-machen, zum Vollzug des Fortschritts, mit dessen

vermeintlichen Gegnern entsprechend ‚umgegangen‘ wird. Der französische Philosoph Maurice Merleau-Ponty schrieb diesbezüglich treffend:

„Indem der wissenschaftliche Sozialismus sich als Reflex dessen ausgibt, was ist, des historischen Prozesses an sich, setzt er die Erkenntnis [...] wieder an die erste Stelle; er verleiht sich das Aussehen eines absoluten Wissens [...]. Wenn also die Bolschewiken [...] sagen, daß man in gewissen Augenblicken imstande sein muß, die Geschichte zu zwingen [...]; wenn sie mit Lenin sagen, dass der Revolutionär für lange Zeit dazu verdammt ist, *auf die Köpfe zu schlagen*, und es einer endlosen Anstrengung bedarf, die klassenlose Gesellschaft zu formieren und die Geschichte durch Eisen und Feuer dahin zu bringen, dass sie ihren Sinn ausdrückt: diese Stimmung der Gewalt und der Wahrheit, dieser auf ein absolutes Wissen gestützter Voluntarismus entwickeln einfach die Idee einer den Dingen eingeschriebenen dialektischen Aufhebung“ (Merleau-Ponty 1968, 104).

Lenin intendiert auch und gerade als *homo toto politicus* die unmittelbar praktische Umsetzung des (theoretisch) Wahren – im Sinne von dessen Herstellung – welche die freie Praxis und ihre Widerständigkeit konsequent durch Technokratie, autoritäre Weisung und Gewalt substituiert.<sup>26</sup> Politik ist aber nicht die Herstellung der Wahrheit durch *eine* wissende (Partei-)Elite, sondern das Ergebnis handelnder, verschiedene Interessen verfolgender Menschen. Eine irreduzible Kontingenz ist für das Politische konstitutiv. Ihr Wesen ist die Freiheit: „die Freiheit, etwas in die Wirklichkeit zu rufen, das es noch nicht gab, das nicht vorgegeben ist“ (Arendt 2000, 206).<sup>27</sup> Nicht nur bleibt das ‚Gewebe‘ (H. Arendt) des menschlichen Handelns unabgeschlossen und unüberschaubar, sondern es selbst ist stets Ausdruck davon, dass es immer verschiedene *Möglichkeiten* gibt, deren Effekte zudem wenig berechenbar sind. Politik hat mit Resultaten menschlichen Interagierens zu tun, die stets auch anders sein könnten; eine „Welt [...], die so oder anders aussehen“ (208) kann. Dementsprechend ist das praktische Wissen anderer Art als das der theoretischen Wahrheit. Da es auf Veränderliches bzw. in Veränderung Begriffenes zielt, bleibt es stets vorläufig und unvollständig, ohne jemals den Anspruch auf strenge Allgemeinheit und Notwendigkeit erfüllen zu können. Wäre dem nicht so, hieße dies, dass keine Freiheit – die Fähigkeit, handelnd die Welt zu verändern – existiert: „Führt man den Begriff der Notwendigkeit

26 Vgl. zum Folgenden auch das Schlusskapitel *back tot he future!*?

27 Ich teile nur wenige Ansichten der politischen Theorie Arendts. Trotz allem halte ich die hier angeführte These für zentral. Sie schreibt damit unbewusst die Tradition libertärer Marx(ismus)kritik fort (vgl. Wallat 2012b).

in den Bereich menschlicher Angelegenheiten ein, so ist man zwar anscheinend mit dem ‚trostlosen Ungefähr‘ fertig geworden, aber man hat auch in eins die menschliche Freiheit liquidiert, die ohne das Es-hätte-auch-anders-können-Können undenkbar ist.“ (344).

Lenin hat diese Differenzierung wieder negiert, indem er abermals für das Politische die *eine* objektive Wahrheit rehabilitierte, die sich dem Wissenden in den notwendigen Gesetzen der Geschichte offenbart: „Zu einem System von Leitsätzen geordnet, werden diese [die Grundsätze der Dialektik; d. Verf.] als die letztlich bestimmenden Kräfte in der Geschichte wie in der Natur dargestellt. Der so gedeutete dialektische Prozeß hört auf in einem strengen Sinne ein historischer Prozeß zu sein – vielmehr wird die Geschichte zu einer zweiten Natur verdinglicht.“ (Marcuse 1974, 138) Oskar Negt hat in seiner klassischen Studie zur Genesis der stalinistischen Philosophie aus dem nach-revolutionären Legitimationsbedarf fortwirkender Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in der jungen Sowjetunion den von Marcuse konstatierten Sachverhalt spezifiziert: „Bezweckt der Verweis auf naturgesetzliche Objektivität eine erhöhte Legitimationsgrundlage der Sowjetgesellschaft, so bewirkt der ihr immanente, undurchschaute Subjektivismus freilich gerade das Gegenteil: Die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen und die fortdauernde Abhängigkeit der Individuen von den ihnen gegenüber verselbständigten gesellschaftlichen Mechanismen, die man als gegenständliche Resultate nicht wahrhaben will, bestätigen lediglich vielmehr die ungebrochene Gültigkeit sämtlicher ‚Gesetze‘ der Vorgeschichte. Die Natur organisiert sich nicht, wie bei Marx, als Moment gesellschaftlicher Praxis, sondern umgekehrt: die geschichtliche Praxis wird zum Bestandteil von Naturzusammenhängen.“ (Negt 1974, 37) An den Menschen liegt es dann allein noch, nach Maßgabe der Parteiführung, die als „autoratives und relativ autonomes Subjekt der Interpretation der weltgeschichtlich notwendigen und kontingenten Handlungen“ (44) auftritt, Geburtshelfer des *notwendig* werdenden zu sein, indem sie mögliche Hindernisse des Fortschritts (der Wahrheit) aus dem Weg räumen, was die immanente Nähe des leninschen Denkens zur Praxis der Gewalt begründet. Entwickelt sich der Lauf der Dinge bzw. die Wahrheit der Geschichte nicht nach Maßgabe des theoretischen Wissens, so ist nicht die Trennung der ungeschiedenen Einheit von Theorie und Praxis angezeigt, sondern die Behebung der Probleme mit Mitteln der Gewalt: „Wie die marxistische Philosophie glaubt, die Bedeutung des Sozialen nur dadurch wiedergeben zu können, dass sie die Dialektik gänzlich in das Objekt verlegt, so begegnet die Dialektik in Aktion widrigen Vorkommnissen mit Terror, dessen Ausübung sie durch eine verborgene Wahrheit autorisiert sein lässt, oder mit Opportunismus“ (Merleau-Ponty 1968, 115); es ist kein Zufall, dass die *unberechenbare* Gewalt wesentliches Merkmal des Stalinismus war. An diesem Punkt gibt

sich der vermeintliche Gegensatz von Objektivismus und Voluntarismus in seiner Einheit zu erkennen: der Substitution freien Handelns durch Terror. Die Dialektik des „Objektivismus, der in einen voluntaristischen Subjektivismus, und des Subjektivismus, der in Objektivismus umschlägt“ (Schäfer 1977, 61), führt vom Leninismus zum Stalinismus: „Ein gerader Weg scheint von Lenins ‚Bewusstsein von außen‘ und seinem Begriff der zentralisierten autoritären Partei zu Stalins persönlicher Diktatur zu führen, ein Weg, auf dem der ‚wissenschaftliche Determinismus‘ [...] Entscheidungen weicht, die auf Grund sich verschiebender politischer, selbst persönlicher Zielsetzungen und Interessen zustande kommen.“ (Marcuse 1974, 139)

Mit Gert Schäfer lässt sich Lenins (politisch-philosophische) Theorie abschließend als eine „Kombination von ‚Voluntarismus‘ (revolutionäre Tat), ‚Determinismus‘ (Vollzug geschichtlicher Gesetze) und ‚Organisation‘ (einer Hierarchie des Wissens und Autorität)“ (Schäfer 1994, 79) bestimmen, die nicht im Gegensatz zur Transformation der Revolution in einen totalitären<sup>28</sup>

---

28 Die gängige Form der klassischen Totalitarismustheorie (vgl. Wippermann, 1997) ist zweifelsohne hochgradig ideologisch und vermag keineswegs die Eigenarten der stalinistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Herrschaft und ihre Gewalt zu erfassen. Wie der modernere, noch stupidere Begriff des Extremismus (vgl. Wippermann 2009, 25ff.; Forum für kritische Rechsextremismusforschung 2011) sind dies (ordnungs-)politische Kampfbegriffe, von entsprechend leichtem analytischem Gewicht, die darauf abzielen, politische Praxis (verfassungs- und strafrechtlich) auf den status quo restringierend zu vereidigen. Die Totalitarismus- und Extremismustheorie verschweigt oder vernebelt in der Regel den Herrschaftscharakter von Kapitalismus, Rechtsstaat und liberaler Demokratie, die als unausgewiesene und/oder nicht mehr hinterfragbare Norm immer schon der Analyse vorausgesetzt werden. Entweder wird der Herrschaftscharakter kapitalistischer Vergesellschaftung völlig übergangen oder aber (demokratie-idealistisch) diese als einzig legitime und beste Form der Herrschaft – nicht extremistisch/totalitär – zum Verschwinden gebracht und als notwendig und alternativlos dargestellt; alles andere führe eben in den Totalitarismus. Die Totalitarismustheorie schweigt sich aber nicht nur über die bürgerlich-kapitalistische Formen der Herrschaft aus, und beschränkt sich auch nicht allein darauf diese als notwendig und alternativlos auszugeben. Sie unterschlägt zudem das historische Kontinuum zwischen liberalen und faschistischen Formen der Herrschaft. Der Faschismus und der Nationalsozialismus sind Produkte der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihrer Krisen, nicht ihre abstrakte Negation; ‚Zerfallsformen bürgerlicher Herrschaft‘ (G. Schäfer), die zweifelsohne die Vernichtung ihrer Ursprünge anstrebten. Wie ich an andere Stelle (2009) dargelegt habe, impliziert diese Kritik allerdings nicht im Geringsten die immer wieder – auch bei Wippermann – anzutreffende Relativierung der durch die Staatskommunisten verursachten historischen Katastrophen. Zudem ist ein Diktaturenvergleich wissenschaftlich wertvoll und kann nicht moralisch verboten werden; m.E. zeigt dieser auch deutlich auf, dass die Differenzen zwischen den Regimen derart groß sind, dass die basalen Annahmen der klassischen Totalitarismustheo-

bürokratisch-terroristischen Staat steht, sondern *eine* seiner Ursachen ist, die sich selbstredend weder personalistisch noch idealistisch auf das Denken des Revolutionärs reduzieren lässt:

„Lenins Partei fiel der Tradition des Landes in vielem anheim. Sie unterlag, im Verein mit ihren Gewaltmethoden, despotischen Formen von Bürokratisierungsprozessen und konnte ihnen besonders leicht unterliegen, nicht allein weil sie isoliert war, sondern weil und indem sie selbst – extern und intern – demokratische Kontrollmöglichkeiten und gesellschaftliche Initiativen beseitigte oder minimisierte. ‚Weil wir schwach sind‘, bekannte der ehrliche Lenin wieder und wieder. Doch er selbst hat, trotz seines nie völlig verschwundenen Problembewußtseins, nachhaltig dazu beigetragen, die aus der ‚Schwäche‘ geborene Herrschaftsform als einzig erfolgversprechenden Weg zum Sozialismus anzupreisen und offene Kritik zur Sache des Klassenfeindes zu erklären.“ (78; vgl. Schäfer 1981, 39)

---

rie widerlegt sind (vgl. Schmeichen-Ackermann 2010). Zu den hier nicht weiter zu diskutierenden Problemen, die terroristische Verstaatlichung der Gesellschaft in der Sowjetunion theoretisch zu erfassen, vgl. Plaggenborg (2006, 179ff.). Der Begriff des totalitären Staates kann m.E. dennoch (vorläufig) zur Bezeichnung der (stalinistischen) Sowjetunion dienen, da er wesentliche Differenzen zu autoritären Diktaturen – nicht zuletzt in Beziehung auf das Verhältnis von politischer Gewalt und sozio-ökonomischer Struktur – wenigstens dem Namen nach erst einmal benennt. Vgl. hierzu neben der ausgewogenen Diskussion des Begriffs der totalitären Diktatur von Schäfer (2006, 266ff.), auch den vom akademischen Verfassungsschutz konzipierten, entsprechend ideologisch-politisch ausgerichteten und (dennoch in Teilen) informativen Sammelband von Schmeitzner (2007), der auf eine linke, gerne vergessene Traditionslinie des Totalitarismusbegriffs aufmerksam macht.

## Exkurs: Lenin, Marx, Terror?

Lenin gehört fraglos in die Tradition derjenigen, die es „verschmähen“, ihre „Ansichten und Absichten zu verheimlichen.“ (MEW 4, 493) Wie bereits dargestellt, gilt dies auch und insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit der revolutionären Anwendung von Gewalt, aus welcher der Führer der Bolschewiki nie einen Hehl machte. In seiner Schrift *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* (1905) bringt Lenin dies paradigmatisch auf den Punkt: „Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Gewalt entschieden“ (LW 9, 16). Da die Frage nach Umfang und Charakter der bolschewistischen Gewalt spätestens mit dem *Schwarzbuch des Kommunismus* zu einer Grundfrage nach der Legitimität der sozialen Revolution *in toto* geworden ist, sollen hier Lenins diesbezügliche Aussagen noch einmal konkretisiert werden. Dies geschieht zum einen in Hinblick auf die Frage, inwiefern Marx und Engels in diesem Punkt als legitime Stichwortgeber angesehen werden können, denen eine Mitschuld am bolschewistischen Terror zukommt. Zum anderen geht es um eine Spezifizierung des bolschewistischen Terrors unter Lenin, indem dieser (in gebotener Kürze) komparativ auf die stalinistischen Gewaltexzesse bezogen wird.

Lenin schreibt schon im Jahre 1901, dass die „Frage des Terrors“ für ihn und seine bolschewistische Genossen „durchaus keine neue Frage“ (LW 6, 7) darstelle. Er hält fest, dass man den Terror durchaus nicht prinzipiell ablehne, da dies für ihn einen Verrat an der Revolution implizieren würde: „Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die [...] unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.“ (7) Sich „am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächliches Kampfmittel zu betrachten“ (8), sei allerdings grundverkehrt, da dieser nur in besonderen Extremsituationen der direkten offensiven oder defensiven Konfrontation mit dem Feind eine legitime Rolle spiele und immer in die nicht-terroristische Massenaktion eingebettet sein müsse. Lenin weist daher auch darauf hin, dass die „Neigung zum Terror“ bei den Sozialrevolutionären „ursächlich engste mit der Tatsache zusammenhängt, daß sie von Anfang an abseits von der Arbeiterbewegung standen“ (181). Einmal bei Seite gelassen, ob dies in Bezug auf die Sozialrevolutionäre zutrifft, ist die pragmatisch-strategische Ablehnung des isolierten oder individualistischen Terrors für Lenins Denken

jedenfalls zentral. So bezeichnet er wenig später die „Lehre, daß es notwendig ist, in der Praxis den Terror mit dem Aufstand der Masse zu verbinden“ gar als ein „Dogma“, das „unter keinen Umständen vergessen“ (LW 8, 208) werden dürfe. Lenin begrüßt daher auch emphatisch diejenige Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse im zaristischen Russland, in der die direkte Gewaltaktion „kein Racheakt, kein Verzweiflungsausbruch und keine bloße ‚Abschreckung‘“ mehr darstellt, sondern ein konstitutiver Bestandteil der sich bildenden „revolutionären Armee“ ist: „Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, da in Ermangelung eines revolutionären Volkes einzelne revolutionäre Terroristen die Revolution ‚machten‘. Die Bombe hat aufgehört, die Waffe einzelner ‚Bombisten‘ zu sein. Sie wird zum *unentbehrlichen Zubehör der Volksbewaffnung*.“ (LW 9, 279)

Lenin hält an dieser Bestimmung des Terrors als *einem* Mittel des Klassenkampfes fest, der sich aber keineswegs auf ihn reduzieren lasse. Gegenüber den Kritikern und Feinden der Oktoberrevolution betont Lenin am 18.3.1919, dass diese nicht „ohne die revolutionäre Gewalt“ hätte „siegen können. Aber es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß die revolutionäre Gewalt nur in bestimmten Entwicklungsetappen der Revolution, nur bestimmten und besonderen Bedingungen eine notwendige und gesetzmäßige Methode der Revolution war, während die Organisation der proletarischen Massen [...] ein viel wesentlicheres, ständiges Merkmal dieser Revolution und Voraussetzung ihrer Siege war und bleibt.“ (LW 29, 74) Und Lenin neigt dazu, wie ebenfalls bereits beschrieben, die Ursache für die Notwendigkeit des revolutionären Terrors im konterrevolutionären Terror auszumachen. Es sei der Widerstand der gestürzten herrschenden Klasse, der den revolutionären Terror notwendig mache. Dieser habe seine besondere Form „durch die Verschärfung des Bürgerkriegs“ erhalten: „Diese Verhältnisse nun waren es, die die Notwendigkeit des Terrors schufen. Deshalb dürfen wir ihn nicht bereuen, dürfen wir ihn nicht verwerfen.“ (LW 28, 204) Lenin spezifiziert diese Schuldzuweisung für die Eskalation des Terrors dabei wie folgt: „was war denn das anderes als eine Äußerung des Terrors der Bourgeoisie der ganzen Welt, die vor keiner Grausamkeit, keinen Verbrechen zurückschreckt, die jegliche Gewalt anwendet, um die Ausbeuter in Rußland wieder an die Macht zu bringen [...]? Von da kommt also der Terror, sie also tragen die Verantwortung!“ (LW 29, 529)

Doch dies ist eben nur die halbe Wahrheit, und die Konsequenzen die Lenin aus der unbestreitbaren Tatsache des international organisierten weißen Terrors zieht, verweisen schon auf die schreckliche Dynamik des revolutionären Terrors selbst: „eben deshalb sind wir überzeugt, daß diejenigen, die in Rußland den Verzicht auf den Terror predigen, nichts anderes sind als bewußte oder unbewußte Werkzeuge, Agenten in den Händen jener Imperialisten und Terroristen.“ (529) Der Terror wird unter diesen Umständen nicht nur

ubiquitär. Er ist zudem von Anfang an dem politischen Programm von Lenin immanent. Der Klassenkampf ist von ihm als Klassenkrieg konzipiert, dessen revolutionäre Gewalt nicht erst auf die konterrevolutionäre Gegengewalt als Auslöser warten muss; bereits Lenins „Partei war als ein Gewaltinstrument konzipiert“ (Schissler 1976, 94).

Lenin machte nie einen Hehl daraus, dass die „Feinde der Freiheit schonungslos vernichtet“ (LW 9, 47) werden müssen. Eine Revolution „[o]hne die Todesstrafe gegen die *Ausbeuter*“ (LW 25, 351) ist für ihn undenkbar: „Nein, ein Revolutionär, der nicht heucheln will, kann auf die Todesstrafe nicht verzichten. Es gab keine einzige Revolution [...], wo es keine Erschießungen gegeben hätte.“ (LW 27, 519) Der Tscheka redet Lenin daher gegen das „Geschrei“ und „Spießbergerede“ über ihre „Fehler“ (LW 28, 164) gut zu: „Wichtig für uns ist, daß die Tscheka unmittelbar die Diktatur des Proletariats verwirklicht, und in dieser Hinsicht kann ihre Rolle nicht hoch genug eingeschätzt werden. Einen anderen Weg zur Befreiung der Massen als die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter gibt es nicht.“ (165)

In einem vom Titel her unverdächtigen Schriftstück *Wie soll man den Wettbewerb organisieren?* (1917/18) wird besonders evident, in welchen Kategorien Lenin in Bezug auf den Klassenkampf und den Klassenfeind dachte: „Für diese Feinde des Volkes, für diese Feinde des Sozialismus und Werktätigen darf es keine Schonung geben. Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen die Gauner, Müßiggänger und Rowdys.“ (LW 26, 409) Die Sprache der physischen Vernichtung sprechend, bezeichnet Lenin sie als „Überbleibsel der fluchbeladenen kapitalistischen Gesellschaft, diesen Auswurf der Menschheit, diese rettungslos verfaulten Elemente, diese Seuche, diese Pest, diese Eiterbeulen“ (409). Man habe es hierbei mit „*Parasiten*“ zu tun, denen gegenüber jede „Schwäche, jedes Schwanken, jede Sentimentalität“ das „größte Verbrechen am Sozialismus“ (410) darstelle. Es müssen daher entsprechende „Wege zur Ausrottung und Unschädlichmachung der Parasiten“ (412) gefunden werden. Gemäß dem „Gebot des Sozialismus“: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“, wird nicht nur „Gefängnis“ und „schwerste Zwangsarbeit“ (412) als Mittel zur „Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels, der *Säuberung* der russischen Erde von allem Ungeziefer“ von Lenin anempfohlen:

„An einem Ort wird man zehn Reiche, ein Dutzend Gauner, ein halbes Dutzend Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken [...] ins Gefängnis stecken. An einem anderen Ort wird man sie die Klosetts reinigen lassen. An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung ihrer Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als *schädliche*

Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Parasitentums schuldig machen, auf der Stelle erschießen.“ (413)

Doch wie sah Lenins „roter Terror“ zur „Verteidigung der Arbeiterklasse“ (LW 31, 131) konkret aus? Im Kampf gegen den Hunger plädiert Lenin für einen schonungslosen und terroristischen Kampf und Krieg gegen reiche Bauern: „Gefängnisstrafen“ und „Konfiskation“ (LW 27, 349) die harmlosen Mittel, die Geiselhaf von „*Reichen, die mit ihren Leben [...]* haften“ (LB 5, 139) das terroristische Werkzeug. Zur Disziplinierung der Soldaten im „einzig legitimen, gerechten, wahrhaft revolutionären Krieg, den Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrückten“ empfiehlt Lenin besonders die „Erschießung – das ist das verdiente Los des Feiglings“ (LW 29, 380). In Bezug auf kritische Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler plädiert er dafür, diese „aufs höflichste in die Länder der bürgerlichen ‚Demokratie‘“ (LW 33, 223) zu deportieren. Und auch gegenüber einer möglichen linken Opposition lässt Lenin es nicht an Deutlichkeit missen: „Die Revolution ist zu weit gegangen. Was du heute sagst, haben wir immer gesagt. Gestattet uns, das noch einmal zu wiederholen. Wir aber antworten darauf: ‚Gestattet uns, euch dafür an die Wand zu stellen. Entweder unterlaßt es gefälligst, eure Ansichten auszusprechen, oder [...] dann werden wir, entschuldigt schon, mit euch verfahren, wie mit dem schlimmsten und schädlichsten weißgardistischen Elementen.“ (269) Das heißt konkret: unbedingte Entfaltung von „Massenterror“ (LW 35, 313), Erschießungen, Deportation und für „verdächtige Personen“ das „Konzentrationslager“ (LB 5, 138).

Lenin war bestrebt den roten Terror als Antwort auf den weißen Terror – „Ein Mittelding gibt es nicht, ein ‚Drittes‘ gibt es nicht und kann es nicht geben“ (LW 32, 370) – zu legalisieren: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern.“ (LW 33, 344). Dies solle möglichst in so weiter Form geschehen, dass der konkreten Praxis des Terrors freier Lauf gelassen werden kann; es geht nicht um die Eindämmung des Terrors, sondern um dessen staatliche Verankerung. Und für Lenin ist klar, dass es „besser“ ist auch Unschuldige „ins Gefängnis zu sperren“, wenn es der Sache dient: „Mag man mich aller möglichen Todsünden und Verletzungen der Freiheit beschuldigen – ich werde mich schuldig bekennen, aber die Interessen der Arbeiter werden gewinnen.“ (LW 29, 289) Lenin pocht unmissverständlich darauf, dass, wenn die Bolschewiki nicht den Terror aufgenommen hätten, diese die Revolution nur „gespielt, aber nicht gemacht“ (LW 33, 161) hätten. Von daher ist Lenins abschließendes Urteil über den Terror eindeutig: „Ihr habt uns im Oktober zum Kampf in seiner erbittertsten Form herausgefordert, als Antwort darauf



haben wir den Terror und den dreifachen Terror aufgeboden, *und sollte es wieder erforderlich sein, so werden wir ihn noch einmal aufbieten, wenn ihr es noch einmal versuchen solltet*. Kein einziger Arbeiter, kein einziger Bauer zweifelt daran, daß er notwendig ist; außer hysterischen Intelligenzlern zweifelt niemand daran.“ (205)

Wohin ein solches Denken führt, das seine „Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes“ (LW 31, 281) unterordnet<sup>29</sup>, das eigene Handeln als wahrhaftig und geschichtsphilosophisch legitimiert erachtet und jeglichen individuellen und/oder kollektiven Minimalrechtsanspruch gegenüber der revolutionären Macht explizit und vollständig vernichtet, ist kein Zufall: Der Staat gewordene revolutionäre Terror ist nicht mehr zu kritisieren, geschweige denn aufzuhalten. Er hat eine zerstörerische Autodynamik in Gang gesetzt, die schon bald ihre Urheber selbst ergreifen wird. Doch bevor auf Letzteres, den Exkurs abschließend, eingegangen wird, soll hier in aller Kürze der brisanten Frage nachgegangen werden, ob sich die Politik des bolschewistischen Terrors auf Marx und Engels beziehen konnte.

Mit Andreas Wildt (2002) lässt sich zwischen einer pro- und einer anti-terroristischen Deutung der politischen Texte von Marx unterscheiden, die beide nicht verkehrt, zumeist aber einseitig sind. Die anti-terroristische Deutung kann darauf verweisen, dass Marx ein Feind des politischen Voluntarismus war, dessen einziges Mittel Gewalt ist, dass er die Diktatur des Proletariats nicht als leninsche Vernichtungsmaschinerie begriff und sein eigentliches politisches Konzept die Arbeiterselbstbefreiung gewesen ist, das nicht auf Terror, sondern auf die demokratische Aktivität der Massen setzt. Die pro-terroristische Deutung kann dem entgegenhalten, dass eine solche Interpretation einseitig und philologisch nicht haltbar ist.<sup>30</sup> Da ich der ersten

29 Lenins Moralbegriff läuft auf die schlichte Gleichung hinaus, dass alles was der Revolution nützt und vom Klassenkampf den Revolutionären abverlangt wird, moralisch auch erlaubt und geboten ist. Dies betrifft auch die physische Liquidation der Konterrevolution, die zur kommunistischen Pflicht wird.

30 Mit christlichem Furor hat dies Konrad Löw (1999) getan. Ein echter Fundus, dessen Herangehensweise aber gleich in doppelter Hinsicht unwissenschaftlich ist. Seine Zitatensammlung ist zum einen keine immanente Auseinandersetzung mit der marxischen Theorie, sondern willkürliche und weltanschaulich verfasste Collage. Zum anderen ist diese an sich schon fragwürdig, da die Zitate nirgends kontextualisiert werden. Während Löws Werke zumindest als Nachschlagewerke fungieren können, schlagen andere Skurillitäten dem Fass den Boden aus. So etwa wenn Marx zum Satanisten mutiert: „Haben Sie sich schon einmal über Marx' Frisur gewundert? Männer pflegten zu seiner Zeit Barte zu tragen, aber nicht von der Art, wie er ihn trug, und sie hatten auch keine langen Haare. Marx' Art, sich zu geben, war charakteristisch für die Jünger der Joanna Southcott, einer Teufelpriesterin, die sagte, sie stehe in

Interpretation zuneige<sup>31</sup>, ohne aber die weitsichtige und berechtigte Kritik der Anarchisten an gewissen Tendenzen im Denken von Marx und Engels unterschlagen zu wollen, sollen hier jene Äußerungen der beiden Revolutionäre kurz dargestellt werden, die immer wieder für eine pro-terroristische Deutung herangezogen werden und von daher in Bezug auf den bolschewistischen Terror von Bedeutung sind.

Die pro-terroristische Deutung beruft sich insbesondere auf Aussagen – von denen hier nur die deutlichsten wiedergegeben werden – von Marx und Engels, die aus dem Umkreis der Revolution von 1848 und ihrem Scheitern stammen. So behauptet Marx in seinen Artikel *Die Krisis und die Konterrevolution* (1848), dass der „provisorische Staatszustand“ nach einer Revolution stets einer „energische[n] Diktatur“ zur Beseitigung der „alten Institutionen“ (MEW 5, 402) bedarf, damit diese nicht wieder zu restaurativen Kräften gelangen. Klingt diese Argumentation schon proto-leninistisch, so erst recht

Verbindung mit dem Dämonen Schiloh.“ (Wurmbrand 1987, 25) „Marx glaubte an die Hölle, und sein Plan – aus dem er seine Triebkraft bezog – bestand darin, die Menschen, in die Hölle zu ziehen“ (105); den Satanismusvorwurf kann man auch als Kompliment auffassen: „Aber dann kam Statan, der ewige Rebell, der erste Freidenker und Weltenbefreier. Er bewirkt, daß der Mensch sich seiner tierischen Unwissenheit und Unterwürfigkeit schämt; er befreit ihn und drückt seiner Stirn das Siegel der Freiheit und Menschlichkeit auf“ (Bakunin 1969, 57). – Und noch einen drauf: Marx' Fetischkritik als Rechtfertigung von inzestioser Pädophilie: „Marxens proletarische Vernunft geht aber weiter. Hinter ihr steckt der Anspruch des Mannes auf den uneingeschränkten Zugang zum Körper der Frau, insbesondere der eigenen Tochter“ (Schulte 1997, 104). „Angesichts dieser Ungeheuerlichkeit verschlägt es einem die Sprache. Das soll das Zentrum der Marxschen Lehre sein? Ja, es ist so. Ein Abgrund, das Letzte!“ (111). Der Autor hatte diesen Schwachsinn bereits zu einem ganzen Buch aufgebläht (Schulte 1992). Dass übrigens ausgerechnet Peter Sloterdijk diese Schrift als „das tiefstsinigste Werk über den messianischen Kritiker der politischen Ökonomie“ (Sloterdijk 1998, 15) bezeichnete, passt dann allerdings wieder wie Arsch auf Eimer. Als geradezu harmlos erweist sich dagegen die neueste Enthüllung eines von Marx besessenen Antimarxisten (Waldner 2009). Wie passt das nur alles zusammen?!

31 Vgl. Wallat (2009b). Kellermann (2011, 184ff.) hat eine ausführliche Kritik an meiner arg libertären Marxdeutung vorgelegt, der ich, ohne mich ihr im Einzelnen stellen zu können, im Folgenden gewissermaßen meinen Tribut zolle: Ich denke immer noch, dass Marx zum Teil bestechende Kritiken an anderen Sozialismen artikulierte, dass er eine Theorie abstrakter Herrschaft formulierte, die im Anarchismus nicht ihresgleichen hat und dass die Idee der Selbstbefreiung für sein politisches Denken konstitutiv und nicht strategisch war. Kellermann hat mich allerdings dazu gebracht, die auch in jenem Aufsatz nicht unterschlagenen Aspekte im Denken und Handeln von Marx und Engels schwerer zu gewichten, die hoch problematisch sind: ihr gleichsam bolschewistisches Potential ernstzunehmen und den Konflikt zwischen Marx und Bakunin nicht als einen von verletzten Eitelkeiten herunterzuspielen.

Marx' Verbalattacke im Angesicht des Sieges der Konterrevolution: „Die resultatlosen Metzereien seit den Juni- und Oktobertagen, das langweilige Opferfest seit Februar und März, der Kannibalismus der Konterrevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft *abzukürzen*, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur *ein Mittel* – den *revolutionären Terrorismus*.“ (457)

Mit diesem Konzept einer „*Klassendiktatur* des Proletariats“ bezog sich Marx damals positiv auf den „Namen Blanqui“ (MEW 7, 90), dessen Vorstellung von Revolution sicherlich eine Nähe zum späteren Bolschewismus aufweist. Und auch das Bekenntnis zur Offenheit verbindet Marx mit Lenin: „*Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reihe an uns kömmt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen.*“ (MEW 6, 505) Zu diesem Bekenntnis passt auch, dass insbesondere Engels zu jener Zeit die Revolution als militärisches Geschehen analysiert. In seinem Artikel *Die Junirevolution* (1848) beschreibt er deren Verlauf nahezu ausschließlich als eine Schlacht zwischen der alten Ordnung und den Insurgenten: „Es ist überhaupt wunderbar, wie rasch die Arbeiter sich den Organisationsplan aneigneten, wie gleichmäßig sie einander in die Hände arbeiteten [...]. Dies wäre rein unerklärlich, wenn nicht die Arbeiter schon in den Nationalwerkstätten ziemlich militärisch organisiert und in Kompanien eingeteilt gewesen wären, so daß sie ihre industrielle Organisation nur auf ihre kriegerische Tätigkeit zu übertragen brauchten, um sogleich eine vollständig gegliederte Armee zu bilden.“ (MEW 5, 147) Die Niederlage der Arbeiter war für Engels daher primär militärisch bedingt: personelle Unterlegenheit und Skrupel bei der Gewaltanwendung, von denen die Herrschenden völlig frei waren. Für die Zukunft wünscht sich Engels, dass die Arbeiter hieraus lernen: „Die Bourgeoisie führt mit klarem Bewußtsein einen Vernichtungskrieg gegen sie. Ob sie für den Augenblick siegt, oder ob sie gleich unterliegt, die Arbeiter werden eine fürchterliche Rache an ihr nehmen. Nach einem solchen Kampfe wie dem der drei Junitage ist nur noch *Terrorismus* möglich, sei er von der einen oder der andern Partei ausgeübt.“ (127)<sup>32</sup>

Engels hat gerade als Militärexperte diese Ansicht korrigieren müssen, da die Gewalt der Herrschenden zunehmend nicht mehr mit einfacher

32 Auch Marx ist ein Begriff von Revolution als kollektiver Rache nicht fremd gewesen: „Im Mittelalter gab es in Deutschland ein geheimes Gericht, Femgericht genannt. Es existierte, um die Untaten der herrschenden Klasse zu rächen. Wenn man ein Haus mit einem roten Kreuz gezeichnet fand, so wußte man, daß der Besitzer von der Feme verurteilt war. Alle Häuser Europas sind jetzt mit dem geheimnisvollen roten Kreuz gezeichnet. Die Geschichte ist der Richter – ihr Urteilsvollstrecker der Proletariat.“ (MEW 12, 4).

Gegengewalt zu beseitigen war. Die Revolution ist in dieser Beziehung der herrschenden Ordnung unterlegen. Wenn aber Engels noch im *Anti-Dühring* Gewalt allein „entweder als Staatsgewalt oder speziell als Militärgewalt betrachtet“ (Claussen 1982, 95), dann verweist dies wie die dargelegten, besonders prägnanten Aussagen von ihm und seinem Freund darauf, dass ihre Flucht in die Apologie des Terrors und einer militärischen Konzeption einem Mangel geschuldet sind. Dieser besteht darin, wie Claussen gezeigt hat (vgl. 88ff.), dass die beiden Revolutionäre die Erfahrung einer qualitativ neuen sozialrevolutionären Aktion noch gar nicht gemacht hatten, da die proletarischen Emanzipationsversuche weithin in bürgerlichen Bahnen verliefen. Ihr revolutionärer Erfahrungshorizont war nach wie vor durch die Französische Revolution bestimmt. Auch wenn sie das Problem der Tradierung bürgerlicher Politikkonzepte bisweilen deutlich sahen, blieben sie in real-politischer Hinsicht diesen nicht selten selbst verhaftet. Terror und Krieg als die Geburtshelfer der bürgerlichen Gesellschaft, welche die direkte Herrschaft mit der Guillotine beseitigt, nicht aber jedes Gewalt- und Herrschaftsverhältnis aufhebt, sollen auch Mittel zum Zweck der kommunistischen Emanzipation sein. Abgesehen von der militärischen Unterlegenheit der Aufständischen wird das prinzipielle Problem einer solchen Annahme deutlich: Die Differenz zwischen emanzipatorischer und herrschender Gewalt wird notwendig eingezogen und stellt bei einer unterstellten Neutralität der Mittel die Gegner auf eine Ebene, was die zerstörerische Dialektik der (Konter-)Revolution generiert. Mittel und Zweck müssen aber in der kommunistischen Emanzipation vermittelt sein. Sie sind nicht beliebig. Der Sieg über die herrschende Ordnung kann nie militärischer Natur sein, sondern nur das Resultat eines Kampfes, der selbst schon die Veränderung der Umstände wie der Menschen bedingt. Die Überlegenheit der kommunistischen Revolution kann in letzter Instanz nur eine moralische sein, wie ihre Gewalt eine sich selbst abschaffende noch im Angriff sein muss. Von daher kann ihr Mittel nicht der zutiefst bürgerliche Terror sein und ihr Verlauf keine militärische Operation.

Das Problem ist daher nicht, dass Marx nicht die liberal-demokratischen Werte schätzte, wie etwa Wildt unhistorisch und im Einklang mit dem herrschenden *common sense* urteilt.<sup>33</sup> Ein ernsthaftes Problem taucht vielmehr

33 Die Problematik von Wildts an sich gelungener Darstellung ist in einer Fußnote verborgen: „Im Folgenden mache ich keinen Versuch, meine Werturteile zum revolutionären Terror philosophisch zu rechtfertigen, da ich davon ausgehe, dass sie im Rahmen einer modern-aufgeklärten, also zugleich universalistischen, egalitären und liberalen Moralkonzeption unstrittig sind.“ (427) Einmal von der Stichhaltigkeit der Aussage abgesehen, unterschlägt diese die Geschichte in mehrfacher Hinsicht: 1. waren diese Werte zu Marx' Zeiten alles andere als Allgemeingut; auch nicht im politischen Liberalismus. Von einer politischen Verankerung dieser kann erst recht keine Rede

dann auf, wenn durch heteronomen politischen Zwang generiertes unethisches Handeln, etwa die bewusste Tötung von anderen Individuen im Kampf, geschichtsphilosophisch legitimiert, und auf diesem Wege das moralische Problem der an sich verwerflichen Handlung liquidiert wird. Ferner ist es für Theorie und Praxis bedrohlich, Gewalt als Instrument/Mittel zum Zweck rationalistisch misszuverstehen. Auf diesem Weg wird die Möglichkeit ihrer Verselbständigung nicht hinreichend reflektiert und der Klassenkampf am Ende in militärischen Kategorien begriffen, was abermals schwerwiegende Folgen nach sich zieht: Wird die Differenz von sozialrevolutionär-emanzipatorischer Gewalt und konterrevolutionärem Terror von jener verkannt und eingegeben, so werden in dieser Flucht vor den Problemen der Emanzipation deren spezifische Schwierigkeiten und moralische Anforderungen negiert; um von der Tatsache zu schweigen, dass die Revolution auf diesem Wege auch der Gewalt der herrschenden Ordnung eine ungewollte ideologische Stütze liefert.

Die von Marx und Engels unter besonderen historischen Umständen vertretene Apologie des Terrors ist folglich ein Zeichen dafür, dass sie revolutionäre Politik selbst noch häufig in bürgerlichen Kategorien dachten. Terror wird dort bejaht, wo die spezifisch kommunistische Emanzipation gerade noch keinen Anhaltspunkt, noch keine genuinen Formen und Mittel entwickelt hat. Die einzige mögliche Antwort auf diese Situation ist weder die Leugnung der Probleme sozialrevolutionärer Gewalt, noch ein die bestehende Gewalt nicht antastender Pazifismus oder das Bekenntnis zum liberal-demokratischen Kapitalismus als Ende der Geschichte der Emanzipation, sondern allein das tragische Bewusstsein um die Notwendigkeit von Gewalt

sein. Die Vernichtungswut der Herrschenden ist ja keine Erfindung der Revolutionäre. 2. unterschlägt Wildt die heutige Realität der herrschenden Gewalt, deren Beziehung zu seinen moralischen Prämissen ungeklärt ist und deren historische Genesis wie ihr Fortwirken in der bloß unterstellten Universalität der Moral verschwinden. 3. Was sich hieraus ergibt, ist das zur Diskussion stehende Problem. Die vorausgesetzte Moral steht im Widerspruch zu einer Wirklichkeit, die den kategorischen Imperativ sittlichen Handelns systematisch konterkariert. Würde man es mit der Moral ernst meinen, müsste man zugeben, dass diese sich im Konflikt mit einer Realität befindet, die eben nicht durch moralische Prinzipien konstituiert wird. Es ist dieser Widerspruch, welcher die Frage der sozialrevolutionären Gewalt überhaupt erst auf den Plan ruft. Die Befreiung von der Vorgeschichte findet nicht unter selbst gewählten Umständen statt, sondern zwingt zum Kampf, dessen Gewaltdimension durch ein Bekenntnis zur Moral nicht beseitigt ist. An die Stelle von konkreten Fragen sozialrevolutionärer Politik tritt eine unhistorische Abstraktion, mit der nichts als ein gutes Gewissen sich gewinnen lässt. Dass sich aus dieser Kritik keine Apologie des Terrors herleiten lässt, ist dabei unbestritten. Will man diesen aber in seiner Theorie und Praxis verstehen und treffend kritisieren, so ist Wildts Ausgangspunkt der falsche, da er die Geschichte und Gegenwart der unmoralischen Gewalt unterschlägt.

zur Abschaffung der uralten Herrschaft. Von entscheidender Bedeutung ist dabei der von Marx und Engels partiell, von den Bolschewiki im Ganzen eingezogene Unterschied zwischen sozialrevolutionärer und herrschender Gewalt sowie dem konterrevolutionärem Terror:

„Der unterschiedliche Charakter der Gewalt erschließt sich nicht der Unmittelbarkeit. Die Verurteilung von Gewalt überhaupt ist einfach, aber sie schließt die Rechtfertigung der bestehenden ein. Im Normalzustand gelingt es der bürgerlichen Gesellschaft, die Gewalt an den Rand zu drängen – ins Strafrecht, in auswärtige Kriege, in einzelne Polizeiaktionen. Diejenigen, die aufbegehren, erscheinen als die Gewalttäter [...]. Bei der gesellschaftlichen Analyse von Gewalt kann es weder um ihre Verherrlichung noch um ihre Kriminalisierung gehen, sondern es kommt auf die Unterscheidung ihrer Formen an. [...]. Bei der Anwendung der herrschenden Gewalt kommt es nicht auf das Bewußtsein an; denn das die Gewalt ausübende Individuum ist während des Gewaltaktes Charaktermaske des bestehenden Gewaltzusammenhangs, seiner Institutionen von Politik, Justiz, Strafvollzug oder Militär. [...]. Zur emanzipativen Gewalt gehört jedoch das Bewußtsein notwendig hinzu. [...] es ist die Funktion revolutionärer Gewalt, die alte Gewalt zu stürzen, aber in sich selbst muß sie den Bildungsprozeß eines Lebens, einer neuen Moral und eines neuen Bewußtseins enthalten.“ (Claussen 1982, 15)

Lenin und Genossen konnten sich in Teilen ihrer Politik auf Marx berufen. Zentral ist, dass nicht besonders aggressive Äußerungen von Marx und Engels das Problem sind, auf die sich die *political correctness* als gefundenes Fressen stürzen kann. Wichtiger und wohl auch real-historisch fataler sind vielmehr die Ansätze einer politiktheoretischen und geschichtsphilosophischen Legitimation der als bloßes Mittel begriffenen Gewalt, die für Lenins Denken und Handeln von fundamentaler Bedeutung waren. Er spitzte sie zu und ließ ihr eine entsprechende politische Praxis folgen, die zwar selbstredend weder allein seinem Denken entspringt noch eine ungebrochene Fortführung des Werkes von Marx und Engels darstellt, ohne diese Einflüsse aber nicht hinreichend zu verstehen ist.

Bei aller prinzipiellen Differenz zwischen Marx und Lenin, lässt sich eine Ambivalenz im politischen Denken von Marx nicht verschweigen, die eine nicht nur herbei gedichtete Verbindung zum Staatssozialismus herzustellen erlaubt. Marx schwankt nicht nur zwischen Kritik und Lob des Jakobinismus, sondern votiert auch, was mit letzterem direkt zusammenhängt, in der Auseinandersetzung mit den Anarchisten/Antiautoritären für eine „Zwei-Phasen-Theorie der kommunistischen Revolution“ (Korsch 1974, 387). Es ist ein „tiefer Widerspruch“ in der marxschen Revolutionstheorie zu kon-

statieren: „Einerseits läßt sich bei ihm durchgängig zeigen, daß er in seinen praktischen Auseinandersetzungen mit den Fraktionen der bürgerlichen und proletarischen Bewegungen immer am Modell der Französischen Revolution festgehalten hat. Andererseits jedoch bezieht sich sein theoretischer Begründungszusammenhang eindeutig auf die Position der sozialen Revolution.“ (Buckmiller 1989, 68f.; vgl. Buckmiller 2001) Marx schwankt in seinem politischem Denken nicht nur zwischen den zwei fundamentalen Alternativen, ob der Schritt in das Reich der Freiheit nicht nur die Abschaffung des Staates, sondern auch die des Politischen bedeutet, oder ob das Politische ‚nur‘ seinen im ‚Zwischenstadium‘ notwendig noch vorhandenen gewaltsamen Charakter vollständig verliert: technokratisch-effiziente Verwaltung von Sachen vs. gewalt- und herrschaftsfreie Selbstregierung der Individuen. Er verhält sich zudem auch in Bezug auf die Frage nach Eroberung vs. Zerstörung staatlicher Macht ambivalent. Marx luzider Kritik des revolutionären Etatismus und Politizismus, die Lenins politisches Denken und die Praxis der Bolschewisten ins Mark trifft, stehen unzählige widersprechende Äußerungen gegenüber, die Zeugnis von den nicht überwundenen ‚jakobinischen Muttermalen‘ (M. Buckmiller) im politischen Denken von Marx und Engels ablegen; hinsichtlich des von Lenin reaktivierten Stranges, war und bleibt die Kritik der Anarchisten hellsichtig.

Anhand der Auseinandersetzung mit den Antiautoritären/Anarchisten zeigt sich die problematische jakobinistische Erbschaft im Denken von Marx und Engels besonders offen: Die Kritik an (vermeintlicher oder realer) anarchistischer Organisations*feindschaft* und terroristischer Politikmodelle schlägt um in die tendenzielle Apologie von autoritären Strukturen einerseits und die theoretische Negation/Verdunkelung einer Gefahr der Verselbständigung von Macht- und Gewaltmitteln andererseits.

Zumeist haben Marx und Engels, wie später Lenin, den politischen Realitätssinn gegenüber anarchistischer (Anti-)Politik in Stellung gebracht. Zurecht bekunden sie gegenüber einem politischen Indifferentismus, dass „ohne Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit [...] keine Arbeiterbewegung möglich“ (MEW 16, 75) ist. Denn „ohne diese Freiheiten kann sie selbst sich nicht bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat“ (77). Zudem halten sie einem Gesinnungsdogmatismus, dem es allein um die Reinheit von Prinzipien geht, entgegen, dass die „fatalen Bedingungen“ des revolutionären „Kampfes“ prinzipiell unrein seien und keinerlei Anstalten machen, sich „idealistischen Phantasien anzupassen“ (MEW 18, 301). Dies ist an sich nicht zu bestreiten. Allerdings wischen Marx und Engels mit diesen Hinweisen nicht nur legitime Einsprüche recht brachial bei Seite, sondern torpedieren bisweilen auch die autonome Theoriebildung selbst, indem sie diese der politischen Alltagspraxis

unterwerfen. Das „Kauf und Lesen von literarischen Traktaten über die Abschaffung des Staates“ (300) erscheint dann *nur* noch als quietistische Weltflucht vor den Widersprüchen politischer Praxis.

In Verbund mit der jakobinistischen Erbschaft offenbart sich ein, im Bolschewismus um ein weiteres gesteigertes, institutionstheoretisches Defizit, das die Bedeutung von institutionell verankerten Verfahren im Hinblick auf die Verhinderung der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen unterschätzt. Bereits bei Marx und Engels ist trotz und wider besseren Wissens ein politisch brisantes Gemisch angelegt, das im Bolschewismus reinere Zustände annahm: Unterschätzung der Gefahr der Verselbständigung revolutionärer (staatlicher) Gewalt, Vernachlässigung zentraler institutionstheoretischer Fragen in Bezug auf die politischen Freiheitsrechte während und nach der Revolution (vgl. Euchner 1990) und technokratische, dem Schein nach unpolitische Rechtfertigung von Führungspositionen. Auf letzteres gilt es kurz einzugehen.

Die Notwendigkeit der politischen Autorität wird von Marx und Engels technokratisch belegt, wie die Übernahme politischer Macht mit dem Hinweis auf die Konterrevolution und die Dauer der revolutionären Transformation legitimiert wird (vgl. MEW 18, 300 u. 308). So wettert Engels gegen die Antiautoritären mit bürgerlichster, bis auf Platon zurückreichender Bezugnahme auf technische Erfordernisse: „Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindungsgeistes sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen sich diese an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen“ (307). Engels' Ausführungen sind in mehrerlei Hinsicht verräterisch. Zum einen schimmert ein demokratiethoretisches Defizit durch, da die Frage *wer* verantwortlich ist und *wie* dieser zu seiner Verantwortung kommt als nebensächlich übergangen wird. Engels übergeht die Frage nach der Legitimation von vermeintlich rein technisch gebotener Autorität/Führung genauso wie die Gefahr, dass sich die vermeintlich rein funktionale Autorität zu sozialer und politischer Herrschaft verselbstständigt, die in der Subordination der Willen der Geführten wenigstens potentiell immer anwesend ist. Zum anderen ist Engels technokratische Rechtfertigung von Unter- und Überordnungsverhältnissen ein bürgerlicher Fetischismus, der eine zentrale Einsicht der *Kritik der politischen Ökonomie* negiert. Was Marx an den historischen Beispielen der Teilung, Organisation, Korporation und Intensifikation der Arbeit sowie der Spezifik maschinell-industrieller Produktion darlegt, ist die Tatsache, dass die dauerhafte Revolution der technischen Produktivkräfte und der Organisationsformen der Arbeit weder rein technologischen Prämissen folgt noch den Arbeitsprozessen als solchen entspringt, sondern ihren Grund im Diktat

der Kapitalverwertung hat. Die technischen Mittel und die Organisation des kapitalistischen Produktionsprozesses sind folglich nicht ‚neutral‘ im Sinne rein technischer Zweckmäßigkeit formiert und organisiert, sondern in sich durch den Zweck der Profitakkumulation bestimmt. Der Zweck formiert die Mittel. Die große Industrie ist daher gegenständlicher Ausdruck kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse.<sup>34</sup>

Zentrale theoretische Annahmen Lenins wie auch die bolschewistische Praxis selbst widersprechen Marx' politischem Denken wie Handeln und verfehlen den Kern seiner kritischen Theorie. Lenin hatte weder die zentralen expliziten wie impliziten philosophischen Bestimmungen des kritischen Materialismus (vgl. Wallat 2010), noch den sozial- und herrschaftstheoretischen Gehalt der *Kritik der politischen Ökonomie* erkannt (vgl. Wallat 2008). Ferner wird man Marx und Engels nicht allein an Schriftgut beurteilen können, das primär im Kontext (tages-)politischer Auseinandersetzungen entstanden ist. Dennoch bleibt die Frage legitim und notwendig, welche Anknüpfungspunkte der spätere Staatssozialismus bei Marx finden konnte und wo die Verbindungslinien zu Lenin bestehen. Es sind nicht allein die Zuspitzungen, Vereinseitigungen und Verabsolutierungen von im politischen Tageskampf gefällten Urteilen, welche die leninistische Adaption und Transformation der marxischen Theorie ermöglichte: Unüberwundenes geschichtsphilosophisches wie ökonomistisches Erbe bilden in Verbund mit dem Fehlen einer konsistenten Staatstheorie und der klaffenden Lücke einer eigenständigen Theorie des Politischen – der (institutionellen) Organisationsfrage der Revolution und des Kommunismus –, und trotz aller unabgeholten marxischen Einsicht in die Funktionsweisen und Strukturen der modernen kapitalistischen Herrschaft, den Ausgangspunkt dafür, dass sich die marxische Theorie in Gestalt des Leninismus sowohl zur Unkenntlichkeit als auch zur Kenntlichkeit veränderte. Kein Weg führt von Marx' kritischer Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung in die Arbeits- und Kältehöhle der Gulags. Die Grenze verläuft zwischen Marx' und Lenin, nicht zwischen Lenin und Stalin. Die politische Ambivalenz im Denken von Marx konnte Lenin aber als legitimen Nachfolger erscheinen lassen. Eine Kritik an Lenin impliziert daher eine Kritik an Marx, die gut beraten ist, wenn diese von den Einsichten des ‚esoterischen‘

<sup>34</sup> Vgl. MEGA II/4.1, 104f. Dass die industrielle Produktion, ihre Technologie und Arbeitsorganisation nicht nur ein „technischer Prozess“ sind, der von den Kapitalisten zum „Zwecke der Klassenherrschaft“ bloß „angewandt“ wird, sondern vielmehr der „materialisierte Ausdruck“ eines Arbeitsprozesses, der an sich durch den Zweck der Verwertung des Wertes bestimmt ist und sich somit als spezifisch gesellschaftlich formiert erweist, hat Postone (2003, 506ff.) dargelegt. Vgl. Rakowitz (2000, 175ff.)..

Marx, dem Theoretiker und Kritiker kapitalistischer Vergesellschaftung und Herrschaft, ausgeht.<sup>35</sup>

<sup>35</sup> Michel Foucault hat Ende der 1970er bis heute virulente linke Vermeidungsstrategien benannt, um sich der Wirklichkeit des absoluten Scheiterns des Sozialismus im Gulag nicht stellen zu müssen. Historistische Verklärung und Relativierung durch angebliche ökonomische und politische Gründe, die mit dem Sozialismus an sich nichts tun hätten: „zu korrigierende Fehlfunktion“; das sich aus der Affäre ziehen, indem man einfach behauptet, dass die Sowjetunion gar nichts mit dem „richtigen, wahren Sozialismus“ zu tun habe; Verharmlosung des Gulags durch die Universalisierung von Verbrechen, wie sie sich spiegelverkehrt auch im inflationären Faschisierungsvorwurf findet. Zentral sei zudem die Taktik, die Texte von „Marx oder Lenin zu untersuchen“ (Foucault 2003, 539f.) in Hinblick auf eine Abweichung der Wirklichkeit von diesen: „So viele Tote, das ist offensichtlich, konnten nur von einem Lektürefehler herrühren. Es war hervorzusehen: Der Stalinismusirrtum war einer der Hauptbereiter jener Rückkehr zur Marxismus-Wahrheit“ (366). Foucault stellt dagegen folgende Aufgabe: „Es handelt sich vielmehr darum, alle diese Diskurse, egal wie alt sie sein mögen, aufgrund der Wirklichkeit des Gulags in Frage zu stellen. Anstatt in diesen Texten nach etwas zu suchen, was im Voraus den Gulag verurteilen könnte, geht es eher darum, sich zu fragen, was ihn darin ermöglicht hat, was ihn rechtfertigt, was heute gestattet, dessen unerträgliche Wahrheit zu akzeptieren.“ (539) Sowohl in Hinblick auf die Kritik der Vermeidungsstrategien als auch auf die anzugehende Aufgabe liegt Foucault völlig richtig. Sein Argwohn gegenüber der mit Staatsgewalt abgesicherten Marxismus-Wahrheit ist mehr als berechtigt und lässt sich insbesondere bezüglich auf dessen ausschließende und legitimatorische, sich gleichzeitig selbst verdummende Effekte gut mit Foucaults Machtanalytik bloßstellen (vgl. Demirović, 2008; siehe zu Foucaults Machtanalytik insgesamt die Ausführungen von Lindner 2006). Wer es ernst meint, mit Marx (wieder) Philosophie und Wissenschaft zu betreiben, wofür es gute Gründe gibt, muss in diesem Zuge zugleich Kritik mitverarbeiten, die wie Marx selbst dem Vergessen anheim zu fallen droht. Foucault hat aber die Texte selbst nicht in der Art und Weise gelesen und studiert, wie sie es verdienen. Dass der „Stalinismus die Wahrheit war [...] eines ganzen politischen Diskurses, welcher der von Marx und vielleicht von vielen weiteren vor ihm war“ (Foucault 2003, 366), ist eine Behauptung, die schlicht nicht stimmt und einer Lektüre entspringt, der die zentralen Gehalte der marxischen Ökonomie- und Philosophiekritik nicht weniger verborgen geblieben sind als dem Traditionsmarxismus. Diese können sowohl einer fundierten Kritik am Traditionsmarxismus und Staatssozialismus dienen, wie sie auch die Probleme und Schwachstellen von Foucaults Machtanalytik im Kern benennen (vgl. Schäfer 2008). Im Übrigen gilt, was Gert Schäfer in Bezug auf H. Arendt festhielt, auch für Foucault: „Derlei Legitimationsideologie folgt nicht aus irgendeiner marxistischen oder leninistischen Idee. Vielmehr werden jeweiligen Formeln der Macht zum Marxismus oder Leninismus erklärt, und der Herrschaftsanspruch entsprechend, mit dogmatischen Absolutheitsanspruch verkündet.“ (2006, 314). So wussten schon Marx und Engels, dass jede Heilslehre die Verfolgung des Andersdenkenden als „Feind der Partei“ nach sich zieht, der „ganz konsequent in einen Ketzer verwandelt“ wird, „indem man ihn

Doch zurück zum Terror. Lenin begreift den Klassenkampf als Klassenkrieg. Der Terror ist nicht nur Notlösung, sondern entspringt seinem Verständnis von revolutionärer Politik, aus dem sich freilich nicht seine konkrete Verlaufsform ableiten lässt, die in der Tat gar nicht ohne den Terror der Weißen zu verstehen ist. Terror war für Lenin nie Selbstzweck, sondern dem Selbstverständnis nach nur ein grausames, aber effektives Mittel, das er zudem nur selten verherrlichte. Lenins Blick auf den Terror zeichnet sich durch Nüchternheit aus; der Blick eines Strategen und Taktikers. Insbesondere aber zu Zeiten des Bürgerkrieges war auch der Hass ein konstitutives Moment im Handeln des Revolutionäres, das massivstem Terror den Weg bereite: der Klassenkampf wurde zum Vernichtungskrieg stilisiert.

In der Zweckbestimmung von Lenins revolutionärer Gewalt ist letztlich auch die Differenz zum stalinistischen Terror auszumachen. Lenin benutzt den Terror um die alte Gesellschaft zu vernichten und den Aufbau des Sozialismus unter widrigsten Bedingungen voranzutreiben. Stalins ‚Drei Säulen der Hölle‘, wie Henning Ottmann (2010, 120ff.) an Hannah Arendt anlehnd den rasenden Terror des Diktators jüngst bezeichnete, geht es dagegen allein um die Stützung seines infernalischen Regimes: „Bereits im Leninschen Kommunismus liefen einige Konzeptionen auf den Terror hinaus. [...]. Allerdings sind die jeweiligen Methoden, vor allem das Ausmaß des Terrors, auch von der politischen Zielsetzung, der Strategie, radikaler Veränderung der Gesellschaft dominiert worden. Im Stalinismus jedoch bestimmte die absolutistische Führung über den Ausbau des Polizeistaats den riesigen Umfang willkürlichen Terrors [...], erhielt die Machtsicherung eine neue Bedeutung und mit ihr die Rolle des Terrors.“ (Weber 2007, 26)

Mit dieser Differenz wird keineswegs die Brutalität des Leninschen Terrors gelehnet oder relativiert und auch nicht unterschlagen, dass Lenin den Weg für Stalins Terror überhaupt erst ebnete. Dennoch ist es offensichtlich, dass sich der leninsche Terror in Form und Zweck vom stalinschen unterscheidet und letzterer eine Entwicklungsmöglichkeit war, die aus Lenins errichteten Regime zwar nicht zufällig, aber auch nicht zwingend folgte. Lenins terroristische Politik hat legitimatorische *Anhaltspunkte* bei Marx und Engels finden können, die damit fraglos nicht zu den eigentlichen und verantwortlichen Vätern der bolschewistischen Gewaltpolitik avancieren, und unterscheidet sich zugleich vom Staatsterror Stalins. Über seine spezifischen Konstitutionsbedingungen, seine Genesis und seine Entwicklung wird man sich im

---

aus dem Feinde der wirklich existierenden *Partei*, mit dem man kämpft, in einen Sünder gegen die nur in der Einbildung existierenden *Menschheit* [resp. Proletariat; d. Verf.] verwandelt, den man *bestrafen* muß“ (MEW 4, 13f.). Dies ist der Schluss aus der „neuen Religion, die wie jede andere alle ihre Feinde tödlich haßt und verfolgt“ (13).

einzelnen sicherlich trefflich streiten können.<sup>36</sup> Dass der praktische Terror allerdings zumindest der Möglichkeit nach Lenins Emanzipationsmodell von Anfang an inhärierte, dürfte hingegen gerade von jenen, die an der Perspektive kommunistischer Emanzipation nach ihrem totalen Scheitern festhalten, nicht zu leugnen sein.

---

36 Wie in Bezug auf den Nationalsozialismus lässt sich zwischen Positionen unterscheiden, die entweder mehr die Struktur oder aber die Intention in den Mittelpunkt der Erklärung des bolschewistischen Terrors rücken. Weber hat nochmals die Handlungszwänge der Bolschewiki herausgestrichen und die Tatsache hervorgehoben, dass der „Terror kein einseitiges ‚Monopol‘ der Bolschewiki“ (2007, 19) war. Während Weber eher eine vermittelnde Position einnimmt, stehen sich die Interpretationen von Plaggenborg (2006, 125ff.) und Müller (1998) gegenüber. Müller legt detailliert und informativ den Prozess der Verselbstständigung der bolschewistischen Staatsgewalt dar. Abgesehen von ihren unzutreffenden Ausführungen zum leninschen Diktaturbegriff (vgl. 168 u. 175) stellt die Autorin allerdings die m.E. nicht haltbare These auf, dass die Entwicklung des Bolschewismus an der Macht primär Resultat der Zwänge des Bürgerkriegs war und dass die terroristische Gewalt ursprünglich nicht von den Bolschewiki, sondern von den Massen selbst ausging. Die Bolschewiki hätten diese elementare Gewalt nur koordiniert und organisiert, ja sogar zurück zur Ordnung gebracht: „Bis zum Zehnten Parteitag 1921 stellte sich heraus, daß das kurz nach 1917 herausgebildete Terrorregime keinesfalls das Produkt einer bolschewistischen Initiative war, jedoch von den Bolschewiki benutzt und gefördert wurde, soweit es ihrer Hegemonie nutzte. Der postrevolutionäre Gewaltbegriff der Bolschewiki entstand im Bürgerkrieg“ (169). Plaggenborg zeigt hingegen überzeugend, dass der rote Terror seinen Ausgangspunkt in der ideologischen Aufladung des Klassenkampfes hatte und der Verstaatlichung der spontanen Gewalt entsprang: „Seit dem Oktober flossen die revolutionäre Gewalt ‚von unten‘ mit der bewussten Verschärfung und zugleich klassenkämpferischen Aufladung der Gewalt ‚von oben‘ zusammen, wenn man es etwas schematisch ausdrücken möchte.“ Plaggenborg (2006, 130) Der Autor verschweigt keineswegs die Umstände des Bürgerkriegs, das Wüten des weißen Terrors und die nicht-bolschewistische Genesis der revolutionären Massengewalt. Er führt aber sehr genau aus, dass der rote Terror durchaus Lenins Intention war, sowie, dass dieser und seine Genossen keinerlei Anstalten machten, den einmal entfachten, im Stalinismus mündenden Staatsterror irgendwie wieder einzudämmen. Eine gelungene Erörterung der Frage nach dem Verhältnis von Lenin zum Terror liefert jetzt auch die posthum erschienene Studie von Wolfgang Ruge (2010). Ruge unterstreicht, dass Lenins Verhältnis zum Terror tendenziell sachlich bestimmt war und dass der russische Revolutionär „von Anfang an nicht nur die Gewalt, sondern auch deren extremste Form, den Schrecken verbreitenden Terror, befürwortet[e].“ (216) – Ohne Lenins Begriff von Klassenkampf und Revolution ist der bolschewistische Terror unverständlich, auch wenn er sich nicht allein aus dem Denken des Revolutionärs deduzieren lässt.

„In Genua hörte ich zur Zeit der Abenddämmerung von einem Thurme her ein langes Glockenspiel: das wollte nicht enden und klang, wie unersättlich an sich selber, über das Geräusch der Gassen in den Abendhimmel und die Meerluft hinaus, so schauerlich, so kindisch zugleich, so wehmuthsvoll. Da gedachte ich der Worte Plato's und fühlte sie auf einmal im Herzen: alles Menschliche insgesamt ist des großen Ernstes nicht werth; trotzdem ...“  
Friedrich Nietzsche

## Siglen- und Literaturverzeichnis

LB = Lenin Briefe, Berlin (O) 1968.

LPS= Rosa Luxemburg: Politische Schriften I-III, Frankfurt/M 1968.

LW = LW: Lenin Werke, Berlin (O) 1955ff.

MEGA = Marx Engels Gesamtausgabe, Berlin (O) 1975ff.

MEW= Marx Engels Werke, Berlin (O) 1956ff.

Abosch, Heinz (1984): Trotzki und der Bolschewismus, Frankfurt/M u.a.

Ders. (1990): Simone Weil, Hamburg.

Adamczak, Bini (2008): Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft, Münster.

Dies. (2010): Nuancen. Zur Inkommensurabilität in der Revolutionsdebatte zwischen Kautsky, Lenin und Trotzki, in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Souveränitäten. Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen, Münster.

Adorno, Theodor W. (1997): Negative Dialektik, in: Gesammelte Schriften 6, Frankfurt/M.

Ders. (1997a): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, in: Gesammelte Schriften 4, Frankfurt/M.

Ders. (1997b): Marginalien zu Theorie und Praxis, in: Gesammelte Schriften 10.2, Frankfurt/M.

Ders. (1997c): Wozu noch Philosophie, in: Gesammelte Schriften 10.2., Frankfurt/M.

Ders. (1997d): Drei Studien zu Hegel, in: Gesammelte Schriften 5, Frankfurt/M.

Ders. (2006): Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, Frankfurt/M.

Aristoteles (2000): Nikomachische Ethik, 4. Aufl. München.

Arendt, Hannah (2000): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, 2. Aufl. München.

Arndt, Andreas (o.J.): Vladimir Iljic Lenin, in: Kimmerle, Heinz (Hg.): Dialektik-Modelle von Marx bis Althusser. Beiträge der Bochumer Dialektik-Arbeitsgemeinschaft, o.O.

Ders. (1985): Karl Marx: Versuch über den Zusammenhang seiner Theorie, Bochum.

Ders. (1994): Dialektik und Reflexion. Zur Rekonstruktion des Vernunftbegriffs,

- Hamburg.
- Ders. (2004): Unmittelbarkeit, Bielefeld.
- Baberowski, Jörg (2008): Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Bahne, Siegfried (1961): Zwischen ‚Luxemburgismus‘ und ‚Stalinismus‘. Die ultralinke Opposition in der KPD, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1961/4.
- Bakunin, Michail (1969): Gott und der Staat und andere Schriften, Hamburg.
- Baumeister, Biene/Negator, Zwi (2007): Situationistische Revolutionstheorie. Eine Aneignung, 2. Aufl. Stuttgart.
- Berkman, Alexander (2004): Der bolschewistische Mythos. Tagebuch aus der russischen Revolution 1920-1922, 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Benjamin, Walter (1965): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt/M.
- Bernecker, Walther L. (Hg.) (1980): Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München.
- Beyerstedt, Horst-Dieter (1987): Marxistische Kritik an der Sowjetunion in der Stalinära (1924-1953), Frankfurt/M u.a.
- Blanke, Bernhard u.a (1975): Kritik der Politischen Wissenschaft 2. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M/ New York.
- Blanke, Tobias (2006): Das Böse in der politischen Theorie. Die Furcht vor der Freiheit bei Kant, Hegel und vielen anderen, Bielefeld.
- Bloch, Ernst (1991): Geist der Utopie. Zweite Fassung, 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des ‚linken Radikalismus‘ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt/M.
- Ders. (1988): Neuere Forschungen zur Holländischen Marxistischen Schule, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1988/4.
- Ders. (1989): Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1989/3.
- Ders. (1993): Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, akt. Ausg. Darmstadt.
- Bock, Helmut u.a. (2011): Das Menetekel Kronstadt 1921. Kriegskommunismus und Alternativen, Pankower Vorträge 161, Berlin.
- Bourrinet, Philippe (1994): Holländischer Rätekommunismus: Von der ‚Groepen von Internationale Communisten‘ zum ‚Spartacusbond‘, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 1994/13.
- Brakemeier, Heinz u.a. (2002): Zu Adornos ‚gesellschaftlichen Gesamtsubjekt‘. Kooperativ-genossenschaftliche Planung jenseits von Markt- und Zentralverwaltungswirtschaft, in: Fetscher, Iring/Schmidt, Alfred (Hg.): Emanzipation als Versöhnung. Zu Adornos Kritik der ‚Warentausch‘-Gesellschaft und Perspektiven der Transformation, o.O.
- Ders. (2003): Eine Assoziation freier Individuen als gesamtgesellschaftliches Subjekt und Elemente einer gesamtwirtschaftlichen Planung in der ‚Marktwirtschaft‘, in: Becker, Jens/ders. (Hg.): Vereinigung freier Individuen. Kritik der Tauschgesellschaft und gesellschaftliches Gesamtsubjekt bei Theodor W. Adorno, Hamburg.
- Brecht, Bertolt (1967): An die Nachgeborenen, in: Gesammelte Werke 9, Frankfurt/M.
- Brecht, Bertolt (1967a): Der Jasager und der Neinsager, in: Gesammelte Werke 2, Frankfurt/M.
- Brendel, Cajo (2001): Anton Pannekoek. Denker der Revolution, Freiburg.
- Brentel, Helmut (1989): Soziale Form und ökonomisches Objekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, Opladen.
- Breuer, Stefan (1977): Die Krise der Revolutionstheorie. Negative Vergesellschaftung und Arbeitsmetaphysik bei Herbert Marcuse, Frankfurt/M.
- Ders. (1983): Sozialgeschichte des Naturrechts, Opladen.
- Brown, Archie (2009): Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin.
- Bruhn, Joachim (2003): Avantgarde und Ideologie. Nachbemerkung zum Rätekommunismus, in: Huhn, Willy: Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, Freiburg.
- Bucharin, Nikolaj (1970): Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg.
- Buckmiller, Michael (1989): Marx' jakobinische Muttermale. Zur theoretischen Ambivalenz der Marxschen Revolutionstheorie, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte 1989/4.
- Ders. (2001): Gewalt und Emanzipation in der Arbeiterbewegung. Unerledigte Fragen, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft, Hannover.
- Ders. (2002): Korsch als früher Kritiker des Stalinismus, in: Berliner Debatte Initial 2002/4.
- Budgen, Sebastian u.a. (ed.) (2007): Lenin reloaded. Toward a politics of truth, Durham.
- Bulthaup, Peter (1998): Das Gesetz der Befreiung und andere Texte, Lüneburg.
- Camus, Albert (1969): Der Mensch in der Revolte. Essays, Hamburg.
- Castoriadis, Cornelius (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf



- einer politischen Philosophie, Frankfurt/M.
- Claussen, Detlev (1982): *List der Gewalt. Soziale Revolutionen und ihre Theorien*, Frankfurt/M/New York.
- Ders. (Hg.) (1990): *Blick zurück auf Lenin: Georg Lukács, die Oktoberrevolution und Perestroika*, Frankfurt/M.
- Conert, Hansgeorg (1990): *Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow*, Münster.
- Daniels, Robert Vincent (1962): *Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland*, Köln/Berlin.
- Dath, Dietmar (2008): *Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift*, Frankfurt/M.
- Debord, Guy (1996): *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin.
- Demirović, Alex (2008): *Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 2008/151.
- Ders. (2009): *Rätedemokratie und das Ende der Politik*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 2009/155.
- Derrida, Jacques (2004): *Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale*, Frankfurt/M.
- Dewey, John (2001): *Mittel und Zwecke. Ihre Wechselbeziehung und Leo Trotzki's Essay 'Ihre Moral und unsere'*, in: Kohlmann, Ulrich (Hg.): *Dewey. Kautsky. Trotzki. Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik*, Lüneburg.
- Draper, Hal (1986): *Karl Marx's theory of revolution III. The dictatorship of the proletariat*, New York.
- Ders. (1987): *The dictatorship of the proletariat from Marx to Lenin*, New York.
- Elbe, Ingo (2008): *Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft. Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx*, in: Kettner, Fabian und Mentz, Paul (Hg.): *Theorie als Kritik*, Freiburg.
- Ders. (2008a): *Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*, Berlin.
- Ders. (2010): *Soziale Form und Geschichte. Der Gegenstand des Kapital aus der Perspektive neuerer Marx-Lektüren*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 2010/2.
- Ellmers, Sven (2007): *Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur ‚neuen Marx-Lektüre‘*, Duisburg.
- Euchner, Walter (1990): *Die Degradierung der politischen Institutionen im Marxismus*, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 1990/4.
- Figes, Orlando (1998): *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891-1924*, Berlin.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) (2011): *Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismusmodells*, Wiesbaden.
- Foucault, Michel (2003): *Schriften 3 1976-1979*, Frankfurt/M.
- Ders. (2010): *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik*, Frankfurt/M.
- Gabler, Andrea (2009): *Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe ‚Socialisme ou Barbarie‘ (1949-1967)*, Hannover.
- Gerstenberger, Heide (2006): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, 2. Aufl. Münster.
- Gietinger, Klaus (2009): *Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere*, Hamburg.
- Goldman, Emma (1987): *Niedergang der russischen Revolution*, Berlin.
- Gorter, Hermann (1969): *Die russische Revolution*, in: Bock, Manfred (Hg.): *A. Pannekoek, H. Gorter, Organisation und Taktik der proletarischen Revolution*, Frankfurt/M.
- Ders. (1970): *Offener Brief an den Genossen Lenin*, in: Kool, Frits (Hg.): *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*, Freiburg.
- Groh, Dieter (1973): *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M u.a.
- Grunenberg, Antonia (Hg.) (1970): *Die Massenstreikdebatte*, Frankfurt/M.
- Dies. (1976): *Bürger und Revolutionär. Georg Lukács 1918-1928*, Frankfurt/M.
- Gruppe Internationale Kommunisten Hollands (1971): *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung. Intelligenz im Klassenkampf und andere Schriften*, Hg. v. Gottfried Mergner, Hamburg.
- Dies. (2008): *Thesen über den Bolschewismus*, in: *Marxistischer Antileninismus*, eingeleitet v. Diethard Behrens 2. Aufl. Freiburg.
- Gruppe Magma (2001): *... denn Angriff ist die beste Verteidigung‘. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus*, Bonn.
- Gruppe Paeris (2010): *Spinner, Utopisten, Antikommunisten. Gegen das Festhalten am Bilderverbot und für eine Verständigung über Kommunismus*, in: *Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität* 2010/36.
- Gurland, Arkadij (1981): *Marxismus und Diktatur*, Frankfurt/M.
- Haag, Karl Heinz (2005): *Der Fortschritt in der Philosophie*, Neuausgabe Frankfurt/M.
- Hagemeister, Michael (2005): *‚Unser Körper muss unser Werk sein.‘ Beherrschung der Natur und Überwindung des Todes in russischen Projekten des frühen 20. Jahrhunderts*, in: Groys, Boris/ders. (Hg.): *Die neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M.
- Harms, Andreas (2009): *Warenform und Rechtsform. Zur Rechtstheorie von*

- Eugen Paschukanis, Freiburg.
- Haug, Wolfgang (Hg.) (1985): Franz Pfemfert. Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische und literaturkritische Aufsätze, Darmstadt.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1988): Phänomenologie des Geistes, Hamburg.
- Ders. (2000): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, 6. Aufl. Frankfurt/M.
- Hermann, Friedrich Georg (1981): Otto Rühle als politischer Theoretiker, o.O.
- Hillmann, Günther (Hg.) (1967): Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.
- Hobsbawm, Eric (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 2. Aufl. München.
- Honneth, Axel (2007): Pathologien der Vernunft. Geschichte und Gegenwart der Kritischen Theorie, Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max (2003): Autoritärer Staat, in: Gesammelte Schriften 5, 3. Aufl. Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2000): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, 3. Aufl. Frankfurt/M.
- Huhn, Willy (1973): Trotzki der gescheiterte Stalin, Berlin.
- Ders. (2003): Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, Freiburg.
- Ihlaue, Olaf (1969): Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik im Dritten Reich, Meisenheim am Glan.
- Jacoby, Henry/Herbst, Ingrid (1985): Otto Rühle, Hamburg.
- Jacquier, Charles (Hg.) (2006): Lebenserfahrung und Geistesarbeit. Simone Weil und der Anarchismus, Nettersheim.
- Jost, Annette (1977): Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik, in: Arbeiterbewegung, Theorie und Geschichte. Jahrbuch 5. Kritik des Leninismus, Frankfurt/M.
- Jung, Franz (1988): Der Weg nach Unten. Aufzeichnungen aus einer großen Zeit, 2. Aufl. Hamburg.
- Kant, Immanuel (1965): Der Streit der Fakultäten, zweiter Abschnitt: Der Streit der philosophischen Fakultät mit der juristischen, in: Immanuel Kant. Politische Schriften, Köln/Opladen.
- Kautsky, Karl (1990): Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, in: Mende, Hans-Jürgen (Hg.): Demokratie oder Diktatur Bd. 1, Berlin.
- Ders. (1990a): Die Diktatur des Proletariats, in: Mende, Hans-Jürgen (Hg.): Demokratie oder Diktatur Bd. 1, Berlin.
- Ders. (1990b): Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Eine Auseinandersetzung mit Trotzki, in: Mende, Hans-Jürgen (Hg.): Demokratie oder Diktatur Bd. 2, Berlin.
- Kellermann, Philippe (2011): Marxistische Geschichtslosigkeit. Von Verdrängung, Unwissenheit und Denunziation: Die (Nicht-)Rezeption des Anarchismus im zeitgenössischen Marxismus, Lich.
- Kettner, Fabian (2002): Die Theorie der Verdinglichung und die Verdinglichung der Theorie, in: Jahrbuch der internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft 2002.
- Kinner, Klaus/Seidel, Helmut (2002): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Berlin.
- Kluchert, Gerhard (1985): Geschichtsschreibung und Revolution. Die historischen Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1846-1852, Stuttgart/Bad Cannstatt.
- Knoll, Heiko (2009): Zur Dialektik von Theorie und Praxis bei Theodor. W. Adorno, Marburg.
- Koenen, Gerd (2010): Was war der Kommunismus?, Göttingen.
- Kohlmann, Ulrich (Hg.) (2001): Dewey. Kautsky. Trotzki. Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik, Lüneburg.
- Kolakowski, Leszek (1977/79): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3. Bd München.
- Kollontai, Alexandra (1972): Die Arbeiteropposition in Rußland, in: Mergner, Gottfried (Hg.): Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution, Hamburg.
- Koltan, Michael (2010): Lenins Staat und Revolution, in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Souveränitäten. Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen, Münster.
- Kornder, Hans-Jürgen (1987): Konterrevolution und Faschismus. Zur Analyse von Nationalsozialismus, Faschismus und Totalitarismus im Werk von Karl Korsch, Frankfurt/M u.a.
- Körner, Klaus (2003): ‚Die rote Gefahr‘: anti-kommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg.
- Korsch, Karl (1971): Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften, Frankfurt/M.
- Korsch/Mattick/Pannekoek (1973). Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder revolutionäres Subjekt, Berlin.
- (Karl) Korsch (1974) Politische Texte. Hrsg. von Gerlach, Erich/Seifert, Jürgen,

- Frankfurt/M/Köln.
- Ders. (1993): Gesamtausgabe Bd. 3. Marxismus und Philosophie. Schriften zur Theorie der Arbeiterbewegung 1920-1923, Hrsg. v. Michael Buckmiller, Amsterdam.
- Ders. (1996): Gesamtausgabe Bd. 5. Krise des Marxismus. Schriften 1928-1935. Hrsg. v. Michael Buckmiller, Amsterdam.
- Ders. (2008): Zur Philosophie Lenins. Einige ergänzende Anmerkungen zu Anton Pannekoeks kürzlich erschienener Kritik von Lenins Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Marxistischer Antileninismus, eingeleitet v. Diethard Behrens, 2. Aufl. Freiburg 2008.
- Korte, Jan (2009): Instrument Antikommunismus: der Sonderfall Bundesrepublik, Berlin.
- Kostede, Norbert (1980): Staat und Demokratie. Studien zur politischen Theorie des Marxismus, Darmstadt.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 3. Aufl. Wien.
- Lindner, Urs (2006): Alles Macht, oder was? Foucault, Althusser und die kritische Gesellschaftstheorie, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 2006/145.
- Linse, Ulrich (1971): Die Transformation der Gesellschaft durch die anarchistische Weltanschauung. Zur Ideologie und Organisation anarchistischer Gruppen in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte XI. Band.
- Loick, Daniel (2010): But who protects us from you? Zur kritischen Theorie der Polizei, in: jour fixe initiative berlin (Hg.): Souveränitäten. Von Staatsmenschen und Staatsmaschinen, Münster.
- Lösche, Peter (1967): Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie: 1903-1920, Berlin.
- Löw, Konrad (1999): Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels – Die Väter des roten Terrors, München.
- Lukács, Georg (1970): Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik, Neuwied/Berlin.
- Ders. (1975): Taktik und Ethik. Politische Aufsätze I, Darmstadt/Neuwied.
- (Rosa) Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts ‚Zur russischen Revolution‘ und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitzka, Berlin (1990).
- Maihofer, Andrea (1992): Das Recht bei Marx. Zur dialektischen Struktur von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Recht, Baden-Baden.
- Mallmann, Klaus-Michael (1996): Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt.
- Marcuse, Herbert (1974): Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Darmstadt/Neuwied.
- Ders. (2004): Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik, in: Schriften 9, Springe.
- Mattick, Paul (1970): Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: Lenin. Revolution und Politik, 2. Aufl. Frankfurt/M.
- Ders. (1973): Bolschewismus und Stalinismus, in: Huhn, Willy: Trotzki der gescheiterte Stalin, Berlin.
- Ders. (1975): Von der Notwendigkeit den Marxismus mit Marx zu kritisieren. Ein Blick auf das Werk von Karl Korsch, in ders.: Spontaneität und Organisation. Vier Versuche über praktische und theoretische Probleme der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.
- Mensching, Günther (1988): Zur Genesis der Moralität im 12. Jahrhundert, in: Hegeljahrbuch 1988.
- Ders. (1992): Das Allgemeine und das Besondere. Der Ursprung des modernen Denkens im Mittelalter, Stuttgart.
- Ders. (1998): Zum Widerspruch von Vernunft und Herrschaft in der Idee des Absoluten, in: Korff, Friedrich Wilhelm (Hg.): Wider den absoluten Anspruch, Würzburg.
- Ders. (2000): Von der Tautologie zum realen Grund. Reflexionen zu Hegels Metaphysik der absoluten Produktivität, in: Knahl, Andreas u.a. (Hg.): Mit und gegen Hegel. Von der Gegenstandslosigkeit der absoluten Reflexion zur Begriffslosigkeit der Gegenwart, Lüneburg.
- Merleau-Ponty, Maurice (1968): Die Abenteuer der Dialektik, Frankfurt/M.
- Mergner, Gottfried (1992): Der Politiker als Dichter: Herman Gorter. Die Marxismus-Rezeption in der Dichtung Herman Gorters, in: van der Linden, Marcel (Hg.): Die Rezeption der Marxschen Theorie in den Niederlanden, Trier.
- Meyer, Lars (2005): Absoluter Wert und allgemeiner Wille. Zur Selbstbegründung dialektischer Gesellschaftstheorie, Bielefeld.
- Müller, Elfriede (1998): Die Bolschewiki und die Gewalt, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 1998/15.
- Müller, Hans-Harald (1977): Intellektueller Linksradikalismus in der Weimarer Republik. Seine Entstehung, Geschichte und Literatur – dargestellt am Beispiel der Berliner Gründungsgruppe der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Kronberg/Ts.
- Müller, Werner (2007): Bolschewismuskritik und Revolutionseuphorie. Das Janusgesicht der Rosa Luxemburg, in: Schmeitzner, Mike (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen.
- Nachtmann, Clemens (2003): Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des

- ‚Nationalsozialismus‘. Willy Huhns Überlegungen zum totalen Staat, in: Huhn, Willy: *Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus*, Freiburg.
- Negt, Oskar (1973): *Theorie, Empirie und Klassenkampf. Zur Konstitutionsproblematik bei Karl Korsch*, in: Pozzoli, Claudio (Hg.): *Über Karl Korsch. Jahrbuch Arbeiterbewegung Bd. 1*, Frankfurt/M.
- Ders. (1974): *Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie*, in: ders. (Hg.): *Nikolai Bucharin/Abram Deborin. Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt/M.
- Ders. (1974a): *Rosa Luxemburg. Zur materialistischen Dialektik von Spontaneität und Organisation*, in: Pozzoli, Claudio (Hg.): *Rosa Luxemburg oder die Bestimmung des Sozialismus*, Frankfurt/M.
- Ders. (1981): *Zurück zu Marx und Engels! Oder: Was können wir von Korsch lernen?*, in: Buckmiller, Michael (Hg.): *Zur Aktualität von Karl Korsch*, Frankfurt/M.
- Neusüß, Christel (1972): *Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals. Kritik der Leninschen Imperialismustheorie und Grundzüge einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen*, Erlangen.
- Orsoni, Claude (1981): *Karl Korsch und die russische Revolution*, in: Buckmiller, Michael (Hg.): *Zur Aktualität von Karl Korsch*, Frankfurt/M.
- Ottmann, Henning (2010): *Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert. Der Totalitarismus und seine Überwindung*, Stuttgart.
- Pannekoek, Anton (1919): *Bolschewismus und Demokratie*, Wien.
- Ders. (1970): *Weltrevolution und kommunistische Taktik*, in: Kool, Frits (Hg.): *Die Linke gegen die Parteiherrschaft*, Freiburg.
- Ders. (2008): *Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution*, Fernwald.
- Paschukanis, Eugen (2003): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Freiburg.
- Peter, Lothar (1972): *Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die Aktion 1911-1932*, Köln.
- Pfemfert, Franz (1920): *Bankrott der KPD*, in: *Die Aktion* 1920 1/2.
- Ders. (1920a): *Die ‚Kinderkrankheit‘ und die Dritte Internationale*, in: *Die Aktion* 1920 31/32.
- Ders. (1920b): *Die Parteidiktatur in der Dritten Internationale*, in: *Die Aktion* 1920 33/34.
- Ders. (1920c): *Die Antibolschewisten von Moskau*, in: *Die Aktion* 1920 43/44.
- Ders. (1923): *Rede auf dem Kongreß der IAA*, in: *Die Aktion* 1923 1.
- Ders. (1924): *Kritik der Kritik Trotzki*, in: *Die Aktion* 1924 1/2.
- Ders. (1924a): *Lenins zweiter Tod*, in: *Die Aktion* 1924 3/4.
- Ders. (1924b): *In Russland gibt es für Revolutionäre keine rote Hölle, aber der bolschewistische Kerker ist ein wahrer Kurort! Nur fünfhundert politische Gefangene gibt es in der ganzen ‚Sowjet-Union‘*, in: *Die Aktion*, 1924 17/18.
- Ders. (1924c): *Lautet unsere Losung: ‚Los von Moskau‘?*, in: *Die Aktion* 1924 19/20.
- Ders. (1925): *Offene Antwort auf den offenen Brief Sinowjews. An die Arbeiter in der KPD*, in: *Die Aktion* 1925 17/18.
- Ders. (1925a): *Achtung, falsche Weichenstellung!*, in: *Die Aktion* 1925 19/20.
- Ders.: (1928) *Existiert noch eine Internationale des revolutionären Proletariats? Zu den Führerkämpfen in Rußland*, in: *Die Aktion* 1928 1.
- Plaggenborg, Stefan (Hg.) (1998): *Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte*, Berlin.
- Ders. (2003): *In Slavoj Žižeks ‚Grünem Kakadu‘. Wie die Postmoderne Lenin und die Revolution entdeckt*, in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, 53. Jg., 2003/4.
- Ders. (2006): *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt/M.
- Postone, Moishe (2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*, Freiburg.
- Rabehl, Bernd (1973): *Marx und Lenin. Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des ‚Marxismus-Leninismus‘*, Berlin.
- Rakowitz, Nadja (2000): *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*, Freiburg.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt/M.
- Rehmann, Jan (2008): *Einführung in die Ideologietheorie*, Hamburg.
- Ritsert, Jürgen (2008): *Dialektische Argumentationsfiguren in Philosophie und Soziologie. Hegels Logik und die Sozialwissenschaften*, Münster (bod).
- Rocker, Rudolf (1968): *Der Bankrott des russischen Staats-Kommunismus*, in: *Der Bolschewismus: Verstaatlichung der Revolution. R. Rocker – E. Goldmann*, Berlin.
- Ders. (1980): *Wissenschaft und Geschichtsauffassung*, in: *Rudolf Rocker. Aufsatzsammlung Bd. 1 1919-1933*, Frankfurt/M.
- Ders. (1980a): *Der Weg ins Dritte Reich. Die Kommunistische Partei und die Idee der Diktatur*, in: *Rudolf Rocker. Aufsatzsammlung Bd. 1 1919-1933*, Frankfurt/M.
- Rosenberg, Arthur (1966): *Geschichte des Bolschewismus*, Frankfurt/M./Köln.
- Rübner, Hartmut (1994): *Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus*, Berlin/Köln.

- Ders. (1998): ‚Eine unvollkommene Demokratie ist besser als eine vollkommene Despotie.‘ Rudolf Rockers Wandlung vom kommunistischen Anarchisten zum libertären Revisionisten, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 1998/15.
- Ruge, Wolfgang (2010): Lenin – Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie, München.
- Rühle, Otto (1920): Eine neue kommunistische Partei?, in: Die Aktion 1920 17/18.
- Ders. (1920a): Moskau und Wir, in: Die Aktion 1920 37/38.
- Ders. (1920b): Bericht über Moskau, in: Die Aktion 1920 39/40.
- Ders. (1925): Der autoritäre Mensch und die Revolution, in: Die Aktion 1925 19/20.
- Ders. (1925a): Die Seele des proletarischen Kindes, Dresden.
- Ders. (1927): Die Revolutionen Europas, 3 Bde., Dresden.
- Ders. (1928): Karl Marx. Leben und Werk, Dresden.
- Ders. (1930): Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats, Berlin.
- Ders. (1970): Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, hrsg. v. Institut f. Praxis u. Theorie d. Rätekommunismus, o.O.
- Ders. (1971): Otto Rühle. Schriften. Perspektiven einer Revolution in hochindustrialisierten Ländern, hrsg. v. Gottfried Mergner, Hamburg.
- Ruschig, Ulrich (2009): Zur Aktualität von ‚Geschichte und Klassenbewußtsein‘, in Meints, Waltraud u.a. (Hg.): Raum der Freiheit. Reflexionen über Idee und Wirklichkeit, Bielefeld.
- Ryklin, Michael (2008): Kommunismus als Religion. Die Intellektuellen und die Oktoberrevolution, Frankfurt/M/Leipzig.
- Saage, Richard (1987): Die Oktoberrevolution und das sowjetische Herrschaftssystem im politischen Denken Otto Bauers, in: ders.: Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, Frankfurt/M.
- Schäfer, Gert (1977): Die kommunistische Internationale und der Faschismus, 3. Aufl. Offenbach.
- Ders. (1981): Marxismus und Bürokratie. Umriß einer theoretischen und politischen Auseinandersetzung, Hannover.
- Ders. (1994): Gewalt, Ideologie und Bürokratismus. Das Scheitern eines Jahrhundertexperiments, Mainz.
- Ders. (2003): Arthur Rosenberg. Verfechter revolutionärer Realpolitik, in: Bergmann, Theodor/Keßler, Mario: Ketzler im Kommunismus. 23 biographische Essays, Hamburg.
- Ders. (2006): Gegen den Strom. Politische Wissenschaft als Kritik, Hannover.
- Schärer, Alex (2008): Theoretisch keine Brüder: Marx und Foucault als Antagonisten, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 2008/151.
- Scheit, Gerhard (2011): Quälbarer Leib. Kritik der Gesellschaft nach Adorno, Freiburg.
- Schissler, Jakob (1976): Gewalt und gesellschaftliche Entwicklung. Die Kontroverse über die Gewalt zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus, Meisenheim am Glan.
- Schlögel, Karl (2008): Terror und Traum. Moskau 1937, München.
- Schmeitzner, Mike (Hg.) (2007): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen.
- Ders. (2007a): Brauner und roter Faschismus. Otto Rühles rätekommunistische Totalitarismustheorie, in: ders. (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen.
- Schmidt, Alfred (1993): Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx, 4.Aufl. Hamburg.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef (2010): Diktaturen im Vergleich, 3. Aufl. Darmstadt.
- Schnädelbach, Herbert (2007): Vernunft, Stuttgart.
- Schöler, Uli (1990): ‚Despotischer Sozialismus‘ oder ‚Staatsklaverei‘? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929), Münster.
- Schulte, Günter (1992): Kennen Sie Marx? Kritik der proletarischen Vernunft, Frankfurt/M.
- Ders. (1997): Philosophie der letzten Dinge. Über Liebe und Tod als Grund und Abgrund des Denkens, Kreuzlingen/München.
- Seifert, Eberhard (1983): Die Räte-Kommunistische Tradition von ‚Ökonomie der Zeit‘. Wider die Halbheiten der neuerlichen Erledigung der Marx'schen Phrase von der ‚Parallele zur Warenproduktion‘, in: Probleme des Klassenkampfes 1983/51.
- Seifert, Jürgen (1981): Konterrevolution, Staat und Arbeiterbewegung, in: Buckmiller, Michael (Hg.): Zur Aktualität von Karl Korsch, Frankfurt/M.
- Sieferle, Rolf Peter (1979): Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, Frankfurt/M u.a.
- Sloterdijk, Peter (1998): Vorbemerkung, in: Marx. Ausgewählt und vorgestellt von Oskar Negt, München.
- Sommer, Michael/Wolf, Dieter (2008): Imaginäre Bedeutungen und historische Schranken der Erkenntnis. Eine Kritik an Cornelius Castoriadis, Hamburg.
- Souchy, Augustin (1979): Reise nach Rußland 1920 mit einem aktuellen Vorwort ‚59 Jahre danach‘, Erinnerungen an Lenin und einem Gespräch, Berlin.
- Städtler, Michael (2011): Kant und die Aporetik moderner Subjektivität. Zur

Verschränkung historischer und systematischer Momente im Begriff der Selbstbestimmung, Berlin.

Steinberg, Isaak (1974): Gewalt und Terror in der Revolution. Das Schicksal der Erniedrigten und Beleidigten in der russischen Revolution, Berlin.

Steermann, Carl (alias Otto Rühle) (1931): Weltkrise – Weltwende. Kurs auf den Staatskapitalismus, Berlin.

Ders. (1932): Der Mensch auf der Flucht, Berlin.

Tosstorf, Rainer (2010): Trotzki Biographien. Ein Streifzug, in: Mittelweg. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 2010/1.

Traverso, Enzo (2003): Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors, Köln.

Trotsky, Leo (1970): Unsere politischen Aufgaben, in ders.: Schriften zur revolutionären Organisation, Hamburg.

Ders. (1990): Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, in: Mende, Hans-Jürgen (Hg.): Demokratie oder Diktatur Bd. 2, Berlin.

Ders. (2005): Falls die Revolution ausbleibt..., in: Dahmer, Helmut (Hg.): Leo Trotsky: Sozialismus oder Barbarei! Eine Auswahl aus seinen Schriften, Wien.

Türcke, Christoph (1992): Kassensturz. Zur Lage der Theologie, Frankfurt/M.

Tuschling, Burkhard (1976): Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Zur materialistischen Theorie des Rechtsstaates, Frankfurt/M.

Ulrich, Jörg (2010): Trotsky als junger Revolutionär, Hamburg.

van der Linden, Marcel (Hg.) (2007): Was war die Sowjetunion. Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus, Wien.

Waldner, Wolfgang (2009): Der preußische Regierungsagent Karl Marx. Wie der Schwager des preußischen Innenministers Ferdinand von Westphalen der berühmte Theoretiker des Sozialismus wurde, BoD.

Wallat, Hendrik (2008): Zum Begriff der Verkehrung im Denken von Karl Marx, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2008.

Ders. (2009): Auschwitz und Kolyma. Anmerkungen zum kommunistischen Geschichtsbewusstsein, in: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität 2009/32.

Ders. (2009a): Das Bewusstsein der Krise. Marx, Nietzsche und die Emanzipation des Nichtidentischen in der politischen Theorie, Bielefeld.

Ders. (2009b): Weder Staat noch Kollektiv. Sozialismuskritik im Werk von Karl Marx, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 2009/155.

Ders. (2010): Metaphysik(kritik) bei Marx, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2010/2.

Ders. (2010a): Politica perennis. Zur politischen Philosophie des Postmarxismus, in: Elbe, Ingo/Elmers, Sven (Hg.): Kritik der politischen Philosophie.

Eigentum, Gesellschaftsvertrag, Staat II, Münster .

Ders. (2011): Faschismusanalyse und Marxismuskritik bei Simone Weil, Berlin (Broschüre).

Ders. (2012): ‚Die Weltreaktion ist auch Moskau!‘. Rätekommunistische und anarchistische Kritik am Bolschewismus, in Gruppe INEX (Hg.): Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster.

Ders. (2012a): Die Herrschaft des Rechts und ihre Suspension. Ein Beitrag zur politischen Philosophie des Rechts(staats), in Elbe, Ingo/Elmers, Sven (Hg.): Anonyme Herrschaft. Zur Struktur moderner Machtverhältnisse. Eigentum, Gesellschaftsvertrag, Staat III, Münster.

Ders. (2012b): Geschichte, Wissenschaft, Terror – Facetten libertärer Marx(ismus)kritik, unv. Ms.

Weber, Hermann (Hg.) (1969): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M.

Ders. (1992): Lenin, 3. Aufl. Hamburg.

Ders. (2007): Zur Rolle des Terrors im Kommunismus, in: Weber, Hermann und Mählert, Ulrich (Hg.): Verbrechen im Namen einer Idee. Terror und Kommunismus 1936-1938, Berlin.

Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hg.) (2007): Verbrechen im Namen einer Idee. Terror und Kommunismus 1936-1938, Berlin.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl. Tübingen.

Ders. (1992): Der Beruf zur Politik, in ders.: Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen, Politik, 6. Aufl. Stuttgart.

Ders. (2006): Der Sozialismus, in ders.: Politik und Gesellschaft, Frankfurt/M.

Weil, Simone (1975): Unterdrückung und Freiheit. Politische Schriften, München.

Werth, Nicolas (2002): Ein Staat gegen sein Volk. Das Schwarzbuch des Kommunismus – Sowjetunion, München.

Wiessing, Mathijs C. (1980): Die holländische Schule des Marxismus, Hamburg.

Wilde, Oscar (1982): Der Sozialismus und die Seele des Menschen. Ein Essay, Zürich.

Wildt, Andreas (2002): Revolutionärer Terror und Moral bei Marx und Engels, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2002/3.

Wippermann, Wolfgang (1997): Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt.

Ders. (2009): Dämonisierung durch Vergleich – DDR und Drittes Reich, Berlin.

Wirth, Margaret (1973): Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische